

Bezugspreis:

3 Vierteljahre 21.- M., monatlich 7.- M. frei ins Haus, ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Zeit' erscheint wöchentlich 3mal, Sonntags einmal.

Leitung: Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 24. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Das Urteil gegen Caillaux.

Politik statt Recht!

Paris, 23. April. Der Oberste Gerichtshof hat gestern abend in Prozeß Caillaux mit 150 gegen 91 Stimmen den Artikel 78 als anwendbar erklärt...

Paris, 23. April. Caillaux ist zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die von ihm verübte Unterdrückung wird für etwa einen Teil der Strafe angerechnet...

Paris, 23. April. (Gavas.) Um 7 Uhr abends war die geheime Sitzung des Obersten Gerichtshofes beendet. Mit einer Stimme Mehrheit ist die Höchststrafe, die Caillaux auferlegt werden kann...

Der Senat hat damit ein politisches Urteil in einem politischen Prozeß gefällt. Das geht allein aus dem Abstimmungsergebnis hervor.

lichen Anlagematerial nichts übrig geblieben. Aber ein Freispruch Caillaux wäre für Clemenceau, der den einseitigen Ministerpräsidenten wegen Hochverrats hatte einsperren und über zwei Jahre in Untersuchungshaft sitzen lassen...

Formale und reale Demokratie.

Von Eduard Bernstein.

Ich weiß nicht, welcher Piffikus zuerst die geniale Entdeckung gemacht hat, daß die demokratische deutsche Republik nur die formale Demokratie sei. Jedenfalls kam sie sich rühmen, massenhaft Radikater gefunden zu haben. Die ganzen, halben und viertel Schüler der bolschewistischen Doktrin haben sie sofort mit Wonne aufgegriffen.

So wird es denn Zeit, einmal ernsthaft der Phrasologie zu Leibe zu gehen, die in dieser Weise selbst Leuten die Köpfe benebelt, von denen man Besseres erwartet hätte.

Was hat der Ausdruck formale Demokratie für einen Sinn, was kann er belegen? Wenn hinter ihm überhaupt ein Begriff steckt, doch nur eine Demokratie, die lediglich in der Form besteht, sich aber, weil ihr die Macht fehlt, ihren Beschlüssen Geltung zu verschaffen, nicht oder nur ausnahmsweise und in Kleinigkeiten in Werke umsetzen kann.

Überall nun, wo ähnliche Verhältnisse bestehen, wo überhaupt bei demokratischem Wahlrecht die Rechte der Volksvertretung durch über ihn stehende politische Gewalt beschränkt sind, hat das Wort formale Demokratie einen Sinn.

Von allem ist aber in der Republik Deutschland nicht die Rede. Hier ist das Volk durch die von ihm auf Grund des demokratischen Wahlrechts, das die Welt kennt, gewählten Volksvertreter und gegebenenfalls durch sein direkt abgegebenes Votum der Träger der obersten Gewalt.

Freilich ist sie damit noch nicht schlechthin allmächtig. Eine ganze Reihe sozialer Faktoren ziehen ihrer Macht, sei es zeitweilig oder aber auch dauernd, gewisse Grenzen. Um ein drastisches Gleichnis Lassalles heranzuziehen, wenn es der Nationalversammlung bekommen sollte, ein Gesetz zu beschließen, wonach vom Sommer 1921 ab alle Apfelbäume freigezogen zu werden, so würde das natürlich sofort Buchstabe bleiben.

Vernünftige Worte.

London, 23. April. 'Westminster Gazette' schreibt: Wir würden dem französischen Volke keinen Dienst erweisen, wenn wir es in der Ueberzeugung bestärken, das englische Volk habe unerschrocken hinter Millerand und Koch...

Hätte man die Bedingungen von Versailles nach diesen durchaus vernünftigen Grundsätzen ausgearbeitet, dann stände es viel besser um den wirklichen Weltfrieden. Jedenfalls enthält das von dem englischen Blatt skizzierte Programm nichts, womit sich die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes nicht ohne weiteres einverstanden erklärte.

Japanisch-russischer Krieg?

Nachdem bereits in den letzten Tagen schwere Kämpfe zwischen Japanern und Bolschewiken in Ostibirien gemeldet waren, berichtet nun der sozialistische Londoner 'Daily Herald', Japan habe Sowjetrußland den Krieg erklärt...

'Associated Press' meldet aus Tokio: Nach Mitteilung des japanischen Kriegsdamts haben die japanischen Truppen bei Chilinowaki in Ostibirien 6500 Bolschewiken eine vernichtende Niederlage zugefügt.

Die letzte Nachricht ist nicht recht verständlich, da doch die Tschechen zumeist auf der antibolschewistischen Seite standen; hier wird es sich wohl um rote Tschechen handeln.

Sowjet-Spielerei.

Italien als Versuchstarnikel.

Rom, 22. April. Die sozialistische Landesversammlung in Mailand hat mit über 94 000 gegen 21 000 Stimmen beschlossen, daß Sowjets versuchsweise in allen Großstädten errichtet werden sollen, wo das Proletariat gut organisiert ist.

Der Gegensatz in San Remo.

Millerand gegen direkte Verhandlungen mit Deutschland.

Paris, 23. April. Gavas meldet aus San Remo, man sei in der Lage, Aufklärung zu geben über die Ursachen der Uneinigkeit, die sich in den ersten Privatunterhaltungen vom Sonntag zwischen den Ministerpräsidenten gezeigt habe. Am Vormittag bei der ersten Begegnung Millerands mit Lloyd George habe dieser erklärt, die rationalste Lösung, die Fragen betreffend den Friedensvertrag von Versailles zu erledern, wäre, nach Paris eine Konferenz einzuberufen...

San Remo, 22. April. (Gavas.) Die deutsche Note, welche die Forderung von einer Armee von zweihunderttausend Mann stellt, hat in Konferenzkreisen lebhaften Eindruck hervorgerufen. Es scheint, daß sie ohne Ueberraschung und sogar mit gewissem Wohlwollen auf italienischer und englischer Seite aufgenommen wurde.

Rom, 23. April. Nach Mitteilungen soll sich der hiesige deutsche Gesandte nach San Remo begeben haben.

Ein Sowjetvertreter in San Remo.

Rom, 23. April. Wie ein besonderer Berichterstatter des 'Daily News' meldet, befindet sich ein Delegierter der russischen Sowjetregierung in San Remo. Er hatte bereits mit den leitenden Staatsmännern der Alliierten eine lange Besprechung.

Ebenso wenig kann die Demokratie auf wirtschaftlichem Gebiet nach völlig freiem Belieben verfahren. Sie ist auch da durch die gegebenen Verhältnisse materieller und geistiger Natur, durch die Entwicklungshöhe und Gliederung der Volkswirtschaft in ihrer Verfügungsmacht eingeschränkt, will sie nicht sehr trübe Erfahrungen machen. Sie kann nicht nach Eingebungen der bloßen Laune, nach Günst oder Ungünst sozialisieren und konsolidieren, ohne gewärtigen zu müssen, daß die Produktion von der der Wohlstand der Nation abhängt, schweren Schaden leidet. Sie kann nicht einmal nach Belieben Steuern ausschreiben, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, durch Nichtbeachtung bestimmter Erfahrung und Wirtschaftsgesetze sich in das eigene Fleisch zu schneiden.

Meint man das, meint man diese Begrenzung der Macht durch gegebene geistige und materielle Faktoren des sozialen Organismus, wenn man von „nur formaler“ Demokratie spricht, dann gibt es überhaupt kein politisches System, das nicht „nur formal“ wäre. Unsere neomodernen Verächter der von der Sozialdemokratie auf Grund reicher Erfahrungen bisher durchgehaltenen Ideen und Grundzüge folgen der Parole der Volkswirtschaft, wenn sie die Demokratie in den Augen der Arbeiter heruntersetzen. Aber gerade die Erfahrungen der Volkswirtschaft sind ein Schulbeispiel dafür, daß selbst die mit den größten Vollmachten ausgestattete und mit der rücksichtslosesten despotischen Gewalt vorgehende politische Herrschaft eiland versagt, wenn sie sich über die Grenzen hinwegsetzen zu können glaubt, welche die Tatsachen des sozialen Lebens dem Eingreifen in dessen funktionellen Entwicklungsgang ziehen. Sie, die Meister, sind in allen Anfängen der alten reaktionären Regierungen, haben sich, durch den Übergang an die Allmacht der politischen Gewalt verleitet, als wahre Stümper auf dem Gebiet der Volkswirtschaft und Sozialpolitik erwiesen. Trotz Einstellung sehr wichtiger Hochleute haben sie eine ihrer vermeintlich den Sozialismus unmittelbar zur Verwirklichung bringenden Maßnahmen nach der anderen zurücknehmen müssen, weil sie teils das Gegenteil der Ergebnisse zur Folge hatten, die sie bewirken sollten, teils sich überhaupt nicht durchführen ließen und mit dem, was sie die Diktatur des Proletariats nennen, was aber tatsächlich immer nur — und zwar mit Naturnotwendigkeit — die Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit des Proletariats war, sind sie jetzt bei der Einführung eines Arbeitszwangs-gesetzes gelandet, das mit seinen drakonischen Bestimmungen in bezug auf Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter und Vorkaufs-„eiserner Majestäten“ das weiland deutsche Hilfsdienstgesetz weit hinter sich läßt. In bezug auf wirklichen Arbeiterschutz sind die Arbeiter Russlands heute da, wo sie zu Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren. Von dem Achtstundentag, den die „nur formale Demokratie“ in Deutschland als Höchstleistungs-tag zur Verwirklichung gebracht hat, ist in Russland nicht mehr die Rede. Nicht infolge mangelnden guten Willens der Bolschewisten, es liegt mir fern, ihnen den abstreifen zu wollen. Aber infolge ihrer täppischen Gewaltpolitik, die sie für marxistisch hielten und die tatsächlich im Rückfall ein vormarxistischer Revolutionsutopianismus war, beziehungsweise ist.

So wenig wie irgendein anderes Regierungssystem kann die demokratische Republik auf dem schwierigen und durch die Rückwirkungen des Krieges noch hundertmal steiniger gemachten Felde der Volkswirtschaft Wunder verrichten. Sie muß hier schrittweise vorwärts gehen, wenn sie nicht die Politik treiben soll, die in ihren Wirkungen das zur Folge hat, was der Volkswirtschaft mit dem Vergleich des Treibens der Kuh im Porzellanladen andeutete. Ohne alles gutzuweisen, was geschehen ist, was schon hätte geschehen können und sollen, muß ich es doch als niedrigen Volksbetrug bezeichnen, wenn man ihr vorwirft, daß sie den Kapitalismus auf Kosten oder zum Schaden der Arbeiter schützt und schon-

Ich weiß von keinem Land, wo heute den kapitalistischen Ausbeutungstendenzen engere Schranken gezogen sind als in Deutschland.

In ihren jahrzehntelangen Kämpfen hat die deutsche Sozialdemokratie nicht zu bestreitende Beweise von der schöpferischen Kraft rationell angewandter Demokratie geliefert. Ihrem zähen Ringen ist es gelungen, dem Stief-formaler Demokratie, das die Verfassung des Kaiserreichs enthielt, die politische Kraft realer Demokratie zu erkämpfen. Jedes Recht, hinter dem keine Kraft steht, es wirksam auszuüben, ist in der Tat nur formal. Zu sagen, daß die Demokratie in Deutschland nur formale Demokratie sei, heißt behaupten, daß die deutsche Arbeiterschaft unfähig ist, die Waffen zu gebrauchen, welche das uneingeschränkte demokratische Recht der Republik ihr darbietet. Die umfangreiche Riste der gesetzgeberischen und administrativen Taten, welche die deutsche Republik in den kaum anderthalb Jahren ihres Bestehens unter Antrieb und Führung der Partei der Arbeiter unter den so schwierigen Umständen zur Ausführung gebracht hat, ist die Behauptung Lügen. Zu keiner Zeit war die Demokratie realer, hat sie sich, wenn nicht als Allmacht, so doch als schöpferischer erwiesen, als im heutigen Republik gewordenen Deutschland.

Die Seekt-Kapsel um Gehler.

Warum mußte Gilla gehen?

Vor kurzem veröffentlichten wir den Seekt'schen Erlaß vom 9. April 1920, der den Beamten und Abteilungen des Reichswehrministeriums unterlag, Vorträge beim Minister ohne vorherige Beteiligung des Herrn von Seekt anzumelden oder zu halten. Vorträge hätten nur zunächst bei ihm stattzufinden, er würde das weitere entscheiden.

Auf unsere Anfrage, ob diese Verfügung mit Einverständnis und Wissen des Reichswehrministers ergangen sei, erschien in verschiedenen Blättern ein Verlegenheitsgespräch, wonach es sich um ein „Versehen“ handeln soll. Die Verfügung wäre nicht für das Reichswehrministerium, sondern für die der Seeresleitung unterstellten Kommandos und Abteilungen bestimmt gewesen.

Hier liegt wieder einmal ein typisches Beispiel für die militärischen Verächtlichkeitsneigungen vor, die auf die Sachkenntnis des Publikums spekulieren, denn das zweite besagt praktisch genau das Gleiche wie das erste. Zu jenen Zeiten unterstanden dem Reichswehrminister die Seeresleitung, die Fürsorgeabteilung, die Nachrichtenabteilung und die Admiralität, deren Leiter direkt mit dem Reichswehrminister verkehren konnten. General von Seekt hat nun während seines 48stündigen Interregnums wider alle Befugnisse die Organisation im Ministerium durch eine Verfügung umgestoßen, wonach die Fürsorgeabteilung sowie Nachrichtenabteilung dem Truppenamt und damit der Seeresleitung unterstellt wurden. Mit dieser Verfügung war erreicht, daß sämtliche Abteilungen des Reichswehrministeriums, bis auf die Admiralität, der Seeresleitung unterstanden.

Die ganze Verächtlichkeit ist also, gelinde gesagt, eine Wort-Klauberei. Da die Seeresleitung jetzt sämtliche Abteilungen des R.-W.-M. umfaßt, so ist der Erlaß, wie auch hinsichtlich auf der Anschrift angeordnet wurde, „an alle Abteilungen des R.-W.-M.“ bestimmt gewesen. Die Tatsache bleibt bestehen, daß außer der Admiralität und T 1 niemand ohne vorherige Beteiligung des Generals von Seekt an den Reichswehrminister herankommt. Die sicher aus der Umgegend des General von Seekt stammende Verächtlichkeit ist eine Verächtlichkeit dieser Tatsache, denn sie verweigert, daß infolge der Seekt'schen Verfügung alle

Kommandos und Abteilungen bis auf eine einzige Ausnahme der Seeresleitung unterliegen.

Der Reichswehrminister ist in der Tat eingefaselt, noch viel mehr als Roske eingefaselt war. In der Einschränkung von den Abteilungen kommt die Entfremdung der persönlich zuverlässigen Offiziere seiner Umgebung. Von einer sonst gut informierten Seite wird uns geschrieben, daß wir über Herrn v. Gilla falsch unterrichtet seien. Gilla habe nach seiner Rückkehr von Stuttgart nicht den Roske'schen Kurs fortsetzen wollen, sondern sei entschlossen gewesen, mit Entschiedenheit für ein schnelles Tempo in der auch von ihm als notwendig erkannten radikalen Demokratisierung der Reichswehr einzutreten. Der scheinbare Widerspruch erklärt sich wohl dadurch, daß v. Gilla von dem Roske'schen Kurs glaubte, dieser führe auf eine Demokratisierung der Reichswehr zu, und daß v. Gilla in diesem Sinne nach seiner Rückkehr aus Stuttgart ankerte, der Roske'sche Kurs müßte fortgesetzt werden, aber verjüngt und befeuert. Wir erkennen an, daß Gilla das Richtige wollte, sich aber ebenso wie Roske in der Wahl seiner Mittel total vergriff. Ein Artikel Gilla's im „3-Uhr-Abendblatt“ beweist, daß unsere Anschauung über seinen tatsächlichen Kurs voll auf berechtigt ist. Auch hier träumt Gilla noch davon, die Masse der hochreaktionären alten Offiziere langsam zu Demokraten und Republikanern erziehen zu können.

Um so charakteristischer ist es für die jetzigen Zustände im Reichswehrministerium, daß ein Mann mit so liberale gemäßigten Ansichten Herr v. Seekt weichen mußte.

Der Reichswehrminister hat inzwischen auf Ansuchen des Unterstaatssekretärs Genossen Stok die Niederberufung des Stabsreferenten Genossen Verhard Raufsch verfügt.

Franzosen gegen Elsaß-Lothringer.

Arbeiterkampf um die Heimatrechte.

Frankfurt a. M., 23. April. (Eigene Drahtberichte des „Vorwärts“.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Straßburg gemeldet: Der Streik der Elsas- und Lothringischer Arbeiter hat sich auf ganz Elsaß-Lothringen ausgebreitet. Zwar meldet Hagen, in Lothringen schiene der Generalkrieg nicht allgemein durchgeführt zu sein, aber es ist für die Beurteilung der Tatsache durchaus wesentlich, wenn sich an einzelnen Orten die Niederlegung der Arbeit verzeichnet. Den eigentlichen Katalysator im Industriegebiet ergaben nicht die Lohnstreikigkeiten, sondern in letzter Zeit von den neuen französischen Direktoren systematisch betriebene Unterdrückung von Arbeitern und Beamten elsas-sischer und lothringischer Herkunft. Die Direktoren begründeten zwar diese Maßnahmen mit dem herrschenden Mangel an Arbeitskräften, aber es mußte tief verstimmend auf die Einheimischen wirken, daß die notwendig gewordenen Entlassungen zumeist die Arbeiter elsas-sischer und lothringischer Abstammung treffen, während die aus dem Innern Frankreichs kommenden in ihren Stellungen verbleiben. Die Entlassung von 254 größtenteils elsas-sischen und lothringischen Beamten und Arbeitern aus dem Hagenbinger Werks ließ die Gegenpartei, die sich lange herangebildet hatten, zum offenen Ausbruch kommen. Da bei dem Bräcken angebotenen Verhandlungen verbleiben ergebnislos, da die Industriellen sich weigerten, mit den Gewerkschaften zu verhandeln und nur einzeln mit der Arbeiterschaft jedes Werks verhandeln wollten. Die Gewerkschaft der Eisenbahner sicherte den lothringischen Arbeitern ihre Unterstützung für den äußersten Fall zu, ebenso die Landesunion der Gewerkschaften.

Mit den Arbeitern sind auch die Beamten der Betriebskassen in den Streik getreten. Jedenfalls ist sicher, daß die einheimische Bevölkerung der Bewegung mit Sympathie gegenübersteht, da es sich diesmal darum handelt, eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen, die der bitter empfundenen Zurücksetzung elsas-sischer Arbeiter ein Ende machen sollte. Die Straßburger „Republik“ schreibt: „Was in Lothringen ausgebrochen ist, ist ein Kampf um Prinzipien und vor allem ein Kampf um die Heimatrechte der elsas-sischen Bevölkerung, der früher oder später einmal ausgetragen werden muß.“

Der Dichter des Olympischen Frühlings.

Zu Karl Spitteler's 75. Geburtstag.

Wird diesem tiefen und herrlichen Dichter, den die Schweiz geboren, heute aus Deutschland der laute Gruß zudönen, den sein poetisches Lebenswerk verdient? Durch fünfzig Jahre hin, von Gottfried Keller stieß in seinem Werk erkannt, ist es Bau um Bau zu hoher Vollendung aufgestiegen, ein Werk des Lebensdenkens und Lebensbedeutens, voll echten Ernstes und lichtverfender Schönheit, und die Kreise seiner Geltung sind, zwar nur allmählich, aber doch sicher sich weitend, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt gewachsen. Er war ein Strebender seit dem Beginn unseres Jahrhunderts, und wenn sein Widerspruch gegen den Weltkrieg, der das wilhelminische Deutschland vor sechs Jahren gegen ihn erregt, diesen Siegeslauf damals gestemmt haben mag, so wird der Gang der Ereignisse Kraft genug gehabt haben, daß von dieser Unterbrechung nichts übrig blieb.

Karl Spitteler's Werk gehört zu den großen geistigen Kulturwerken, die Deutschland im literarischen Schaffen letzter Zeiten zugewachsen sind. In unseren Tagen gefast, wollen sie keine, und hoch aufgeben. Sie sind von der Art, die der Zukunft gebührt. Durchdrungen von Wirklichkeit, mit allem Saft ihrer Besonderheiten erfüllt, bewegen sie sich in den Höhen, die dem einzelnen das Wesen des Allgemeinwilligen einhauchen, das an keine enge Zeit gebunden scheint. Wie heute hoffen, einen Weg der Entwicklung begonnen zu haben, der uns zu einem befreit Helden und ergiebigeren Erfassen und Aufschöpfen des Lebens hinführt. Schwer hat der Weg sich und gebaut, aber um so mehr bedeutet die Hölle, die aus den hartenden Gütern geistiger Kultur uns zufließen kann. Und hier wird Karl Spitteler's Schöpferwerk mitzählen. Wie sehr, das hängt von dem Willen ab, der auf dem Wege des Erstarkens zu neuem Kulturbau in uns wachen wird!

Versucht man, das Besondere und zunächst Auffallende des Spitteler'schen Schaffens zu ergründen, so stößt man auf eine außerordentliche Schärfe, Deutlichkeit und Porosität der Einprägungsbilder, die bis ins erste Jahr seines Lebens zurückreichen, wie kein wunderbares Wunderbuch. Keine frühesten Erlebnisfälle zeugt. Die unwirklichsten und fabelhaftesten Dinge erhalten durch diese Lebendigkeit des inneren Sehens eine hohe Realität, eine willkürliche Unmittelbarkeit, ohne daß deshalb der Klang des Unwirklichen und Wunderbaren, der seine Gestalten und Szenen umschleiert, gestört wird. Spitteler besitzt nämlich zugleich die Gabe, Menschen noch so wunderbar durch keine Dichterkünste wahrzunehmen. Aber ist eine Originalität der Erfindung eigen, wie sie nur ganz selten ein Poet besitzt. So hat er die Dichtung um eine Fülle neuer Motive bereichert, hat mit seiner „kosmischen Phantasie“ nie gesehene Landschaften aus Himmel und Erde so klar

geschildert, daß man danach einen Atlas dieser neu entdeckten Welten herstellen könnte, hat aus sich heraus eine tiefsinnige Mythologie geschaffen. Und diese Phantasie entfaltete sich von Anfang an in rein epischen Formen. Als der Zweizehntausendjährige sein Dichtertalent in sich entdeckte, stehen ihm bereits Bilder vor der Seele, die er 40 Jahre später in seinem Hauptwerk, dem „Olympischen Frühling“, gestaltet; als er, ein Dreißigjähriger, sein Erstlingswerk „Prometheus und Epimachus“ nach schwerem Ringen vollendet, schreitet er im biblisch schweren Tonfall einer gebührend voll durschnittenen Erzählung vom Schicksal des heroischen Menschen und des Durchschnittsmenschen einher.

Dieser grandiose, wenn auch noch unvollkommene Erfindung, der in einer Zeit materialistischer Schönheitsfärberei vor Nietzsche „Parakultus“ den Hymnen einer Weltendigung anschloß, ist in seiner tiefen Phantasie noch schwer und unsicher, am Boden hoffend und woffenumballt. Die in ihm lebende Sehnsucht nach Höhenluft und leichtem Schweben findet dann ihren ersten Ausdruck in den vielleicht allzu lustigen „kosmischen Mäthen“ „Extramundana“. Der Dichter mußte sich erst im Werk das anmutige und glückliche Werkzeuge schaffen, um mit leuchtenden Schwingen sich in den reinen Hellen zu erheben. Das geschah in seinen Gedichten, in den entzückenden „Schmerzlingen“, die als „Augenmusik“ Licht und Farbennuancen sind, in den diebisch melodischen „Klosterliedern“, die man häufig als „Choralik“ bezeichnet hat, in den geistvoll graziosen „Athenischen Mäthen“ und in der bruchlos epischen Färbung dieser letzteren Verbindungen, den großartigen „Balladen“. Wie der Dichter in diesen Vorbüchern Form und Phantasie immer reicher entfaltet, so läßt er seine Plastik der Charakterdarstellung und seine Beobachtungsgabe in seinen Prosaerwerken, von den Stilübungen im „Friedli dem Kobold“ über die „Klosterlied“ „Mädchenliebe“ und des innerlich leuchtenden „Stimmungsbildchen“, „Sufien“ bis zu der gemächlichen Wucht von „Kontak der Zeitgenossen“ und dem Prosaerwerk des Romans „Amora“. Alle diese Werke erscheinen aber in der Gesamtleistung trotz ihrer hohen Schönheit und reifen Vollendung doch nur als Vorstufen und Vorbereitungen für sein Hauptwerk, mit dem Spitteler's Rome stets verknüpft bleiben wird: für den „Olympischen Frühling“.

In der endgültigen Fassung dieses Epös in fünf Teilen ist ein erschütterndes Weltbild gestaltet und in ganz eigener Neuschöpfung die Tonart der großen Weltzeiten aufgenommen. Der erste Teil zeigt im Chaos und Dampffeld, im Aufsteigen aus Nacht zu Licht, im Auf und Ab blühender und himmlicher Wege, im erschütternden Zusammenstoß zweier Götterwelten etwas von Dante's monumentaler Größe. Die leidenschaftliche Handlungsbilder des zweiten Teiles mit seinen Kämpfen und Weiden dem tiefen Wechsel von Sieg und Verort, der reichen Charakteristik der einzelnen Göttergestalten gemahnt an Homers Szenenfülle. Der dritte Teil, der harte Übermut, der harte Wilderheit, die in Glanz und Farbe gelaucht, bald anmutig hell, bald phantastisch dunkel Stimmungen überprüfender Erfindung gemahnt im dritten Teil an Ariost's äppige Fabelwelt. Im vierten und fünften Teil ist dann in der Götterdämmerung und im Aufstieg des Herakles etwas von dem erfüllt, was Schiller als höchstes Ideal der Dichtung ersehnt: eine Vereinigung von

Tragödie und Komödie. Vom Hintergrund einer erbornungslos düstern Weltanschauung hebt sich die strahlende Hölle des reichen Lebens ab.

Die Werke Spitteler's, in würdigen Ausgaben gedruckt, in Deutschland reger verbreitet zu haben, gehört zu den schönsten Verdiensten, die Eugen Diederich's Verlag in Jena sich um unser Geistesleben erworben hat. Alles, was auf die „Balladen“, die zuerst 1896 bei Albert Müller in Jena herauskamen, ist dort versammelt. Aus den Balladen geben wir, damit Tausende heute der Dichter mit eigenem Wort nahe sein kann, das Stück „Der Mechanicus“, das Spitteler's soziales Denken bekundet mag:

Dem reichen Kröt, Bienenmilch zu spenden,
 Beichte ehrerbietig ich Arabien,
 Und als nun nach empfangenem Gastgeheim
 Die Abgesandten in des Königs Säulen
 Durchschaukelten die Stadt und Burg von Sardes,
 Die Bouten musternd, den Gewerbesinn
 Und all' die Wunderwerke der Götterwelt,
 „Großmächtiger König“, riefen sie begeistert,
 „Wer ist der Mechanicus, der dies erschaffen?“
 In eine Straßenmauer führte sie
 Der König: „Wohnt an diese Wand!“ Sie taten's,
 „Nun fordert!“ Sie gebornten: „Was vernehmt Ihr?“
 „Blimmen und Grinsen von Myriaden Stimmen.“
 „Begrüßt Ihr?“ „Wehe, wir begrüssen nicht.“
 „Das war der Mechanicus“, erklärte Kröt.

Gewerkschaftliche Universitätsvorlesungen. Die Staatwissenschaftliche Fakultät in R u n f e r hat vor einigen Wochen den Antrag an das Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Bildung gerichtet, auf Grund von Vorlesungen, die Genosse Abgeordneter Richard Boldt im dortigen Staatwissenschaftlichen Institut gehalten hat, diesem einen Lehrauftrag für „Soziale Betriebslehre“ zu erteilen. Wie uns mitgeteilt wurde, hat Minister Haensch diese Ernennung Boldt's zum Dozenten bestätigt. Die geplante Lehrstätigkeit von Boldt wird nun zugleich die Möglichkeit bieten, gemeinsam mit anderen Hochschulen an dem von Professor Blenge geleiteten Staatwissenschaftlichen Institut eine systematische Ausbildung für Gewerkschaftsführer im Industriegebiet Rheinland-Westfalen zu schaffen.

Eine Biologische Versuchsanstalt für Gemütskrankheiten. Seit langer Zeit betreiben Erfurt, Weimar und Quedlinburg und ihre Umgebung eine bedeutende Zahl von Gemütsheimen. Diese Kultur hat sich allmählich als besonderer Zweig des Gewerkschaftswesens entwickelt. So gibt es in der uralten Kaiserstadt Quedlinburg gegen 45 Kunst- und Handelsgärtnerheime, darunter eine Reihe Gemütsheimen von Weltart, die auf der 3000 Morgen großen Feldkur der Stadt Blumen-, Gemüse- und Juckerbüscheln anbauen. Daneben bestehen noch gegen 20 besondere Samenproduktionsbetriebe. Der Blumenamen von Erfurt ist eine Verästelung geworden, nebenbei wird auch hier die Gemütskulturbau betrieben. Das

Keine Krankenversicherungspflicht bis 20000 M.

Die Nationalversammlung erledigte am Freitag nachst

Klein: Anfragen.

Aus den Antworten der Regierung ergibt sich das Folgende: Die Fonds für laufende, widerrufliche Familienunterstützungen an Kriegserwitwen sind zum Teil aufgebraucht. Da allgemeine Reichsmittel nicht für alle Bedürfnisse ausreichen, sollen andere Unterstützungszweige herangezogen werden.

Abg. Köppler (Soz.) fragt die Reichsregierung, was sie zu tun gedenkt, um die Verschärfung der Westfälischen Kohlenbergwerksgesetz...

Abg. Köppler (Soz.) fragt die Reichsregierung, was sie zu tun gedenkt, um die Verschärfung der Westfälischen Kohlenbergwerksgesetz...

Abg. Köppler (Soz.) fragt die Reichsregierung, was sie zu tun gedenkt, um die Verschärfung der Westfälischen Kohlenbergwerksgesetz...

Schutz der Parlamentsgebäude.

Abg. Probus (Dem.): Das Gesetz droht Geldstrafe und Gefängnis für diejenigen an, die die Anordnungen des Präsidenten über das Betreten der Gebäude oder das Verhalten in ihnen grundtätig verletzen.

dritte Lesung des Reichswahlgesetzes.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert wiederum wie in der zweiten Lesung

das Wahlrecht für die Soldaten.

Der Antrag wird abgelehnt. In namentlicher Gesamtabstimmung wird dann das Reichswahlgesetz mit 391 Stimmen einstimmig angenommen.

Koburg und Thüringen.

Erste Beratung der Vereinigung Koburgs mit Bayern und der Schaffung eines einheitlichen Landes Thüringen.

Reichsminister des Innern Koch: Das neue Land, das nach dem Wunsche aller Thüringischen Staaten geschaffen wurde, begrüßen wir als vollberechtigtes wertvolles und liebes Glied des Reiches.

In namentlicher Gesamtabstimmung werden beide Vorlagen mit 300 Stimmen einstimmig angenommen.

Präsident Fehrenbach: Es ist auch ein Bedürfnis der Nationalversammlung, dem neuen Lande Thüringen die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.

Das Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in Dürstlingsfällen wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Segen der Erde.

Roman von Runt Hamjun.

Dline bleibt den Tag über da. Sie spricht mit Jaf und lobt alles, was er getan hat. "Ich höre, du hast nach jeder Richtung hin eine Weile gekauft, hättest du es nicht umsonst haben können? Wer hat es dir nicht geantwortet?"

Jetzt bekam Jaf die Vohlräude, die ihm gefehlt hatten, und er fühlte sich wieder mehr als der Herr. "Ich kaufe es von der Regierung," antwortete er. "Zwar, aber sie soll nicht wie ein Raubtier gegen dich sein, diese Regierung. Was haust du?"

"Du schindest dich und haust, du hast gemalte Lüren und eine Wanduhr in der Stube, denn haust du wohl einen Saal an." "Ach, schwach nicht!" erwiderte Jaf. Aber es gefällte ihm gut, und er sagt zu Jnger: "Kannst du nicht ein klein wenig Schnengrübe für umfern Gost locken?"

"Nein," antwortete Jnger, "denn ich habe erst gekauft." "Ich schwäge nicht, ich bin nur ein einfältiges Frauenzimmer, das Fragen stellt," bewilligte sich Dline einzutreten. "Na ja, wenn es kein Saal ist, so wird es wohl ein mächtiges Gebäude zu einer Scheune. Du hast Keder und Wiesen, und alles wächst heran, und es ist so, wie in der Bibel steht, es fließt Milch und Honig hier."

Jaf fragt: "Wie sind die Aussichten heuer in eurer Gegend?" "Ach, es geht an. Wenn nur unser Herrgott nicht auch diesmal Feuer drauf fallen läßt und es verbrennt, Gott verzeih mir meine Sünden! Alles steht in seiner Hand und Allmacht. Aber so großartig wie hier bei euch steht es nirgends bei uns, o weit, weit entfernt!"

Jnger erkundigt sich nach einigen von ihnen anderen Verwandten, besonders nach dem Oheim Ewert, dem Bezirksfasserer, der ist der große Mann der Familie, hat Fischereirechtigkeit und Fährhaus, er weiß bald nicht mehr, was er mit all seinem Reichum anfangen soll.

Während dieser Unterhaltung verfinstert Jaf mehr und mehr in Gedanken, und sein neuer Bauplan ist vergessen. Schließlich sagte er: "Nun, da du es durchaus wissen willst, Dline, so ist es gerade eine kleine Scheune mit einer Dreifachter, die ich zu bauen verstanden will."

"Das hab' ich gemußt," sagt Dline. "Rechte Leute pflegen vorwärts und rückwärts zu denken und alles im Kopf zu haben. Hier ist keine Kamme und kein Eimer, die du dir nicht im voraus ausgedacht hättest. Und mit einer Tonne, hast du gefogt, nicht wahr?"

Jaf ist ein großes Kind, Dlines Lobhudeleien steigen ihm zu Kopf, und er macht sich ein wenig lächerlich. "Ja, was das neue Haus betrifft, so soll eine Tonne drinnen sein, das ist meine Meinung und Absicht," sagt er. "Eine Tonne!" sagt Dline bewundernd und wiegt den Kopf hin und her. "Ja, denn was sollen wir mit Korn auf dem Acker, wenn wir es nicht dreschen können?" sagt er. "Es ist, wie ich sage, du denkst dir alles im Kopf aus," versteht Dline.

Jnger ist wieder unfreundlich geworden, das Gerede zwischen den beiden hat sie wohl aufgeregt, und sie sagt plötzlich: "Sahnengrübe - wo soll ich denn die Sahnne hernehmen? Gibt es etwa Sahnne im Fluß?" Dline weicht der Gefahr aus. "Liebste, beste Jnger, versteh' mich doch recht! Du brauchst dich nicht wegen der Sahnengrübe zu entschuldigen, oder auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Wegen einer Person wie ich, die sich nur auf den Höfen herumtreibt!"

Jaf bleibt noch eine Weile sitzen, dann sagt er: "Ei, hier sitze ich und sollte doch Steine zu meiner Mauer ausbrechen." "Ja, zu so einer Mauer wie diese hier braucht man viele Steine!" "Viele Steine?" erwiderte Jaf. "Ja, es ist gerade, als wären es niemals genug."

Die Erweiterung der Krankenversicherung aufgehoben!

Auf der Tagesordnung steht dann ein Antrag Partschat (Dem.), worin die Aufhebung der vom Ausschuß für Volkswirtschaft beschlossenen Verordnung über die Herabsetzung des Grundlohnes und die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung bis auf Einkommen in Höhe von 20 000 M. gefordert wird.

Abg. Partschat (Dem.) begründet den Antrag. Der Ausschuß hat jede Höchstgrenze für den Grundlohn beseitigt und es besteht daher die Gefahr, daß Krankengelder in einer Höhe bezahlt werden müssen, die zur Krankheitsfinanzierung geradezu reizt. Die Krankenkassen selbst waren gegen die Herabsetzung der Versicherungsgrenze auf 20 000 M. und wollten sich mit der von der Regierung vorgeschlagenen Grenze von 12 000 M. begnügen.

Abg. Wollensbühr (Soz.) erklärt sich gegen den Antrag. Die Einbeziehung der Einkommen bis zu 20 000 M. ist durchaus berechtigt. Es müssen endlich die wirklichen Löhne mit der Krankengeldberechnung in Übereinstimmung gebracht werden. Die Festsetzung der alten Grenze auf 2500 M. reichte man in Goldwährung, das wären heute 25 000 M. Es muß endlich mit den Phantastiegebilden in der Reichsversicherungsordnung ausgeräumt werden. Bei dem fortwährenden Steigen der Ausgaben für Bezüge und Krankenpflegeartikel können die Krankenkassen mit den bisherigen Beitragssummen nicht bestehen.

Die Abg. Behrens (Dnat.), Becker-Arnberg (B.) und Wolf (D. Sp.) sprechen für, Abg. Brühl (U. S.) gegen den Antrag.

Der Antrag Partschat wird darauf gegen die beiden sozialistischen Fraktionen angenommen. Sonnabend 1 Uhr: Abkommen über die Zahlung der einkommenbringenden Pensionen, Verreichlichung der Staatsbahnen, Erhöhung der Postgebühren. Schluß 6 1/2 Uhr.

Vereinheitlichung Groß-Berlins.

Der Gesetzentwurf angenommen.

Die Preussische Landesversammlung beriet am Freitag in zweiter Lesung das Gesetz über die

Bildung einer Stadt Groß-Berlin.

Dazu liegen eine große Anzahl Abänderungsanträge sämtlicher Parteien vor.

Abg. Wuyth (Soz.): Die Zersplittertheit Groß-Berlins hat zu Verhältnissen geführt, die wegen ihrer Unerträglichkeit eine zentrale Verwaltungsgestaltung geradezu erzwingen. Zweckerbund und Provinzialverband lehnen wir ab und fordern die Einheitsgemeinde.

Gegen die Vorteile, die die Vorlage bringt, können Einwände nicht aufkommen. Daß Berlin unter sozialdemokratischer oder gar, womit man uns abschrecken will, unter unabhängiger Herrschaft kommen könnte, ist eine geradezu lächerliche Behauptung. Wird die Vorlage zu Fall gebracht, dann müssen verschiedene Groß-Berliner Gemeinden den Bankrott anmelden; sie ist also eine Notwendigkeit und muß angenommen werden.

Abg. Gostwald (Ztr.): Ein gesunde Grundlage könnte doch nur geschaffen werden, wenn die einzelnen Gemeinden mit der Neuordnung vollkommen einverstanden wären. Das trifft aber nicht zu. Wir verlangen eine Gesamtgemeinde, die ihren einzelnen Gliedern mehr Selbständigkeit läßt.

Abg. Lüdike (Dnat.): Die Vorlage ist der Ansatz zu einem Freistaat Berlin

im Freistaat Preußen. Trotz der Verbesserungen bei der Ausschussberatung können wir der Vorlage nicht zustimmen. Wir wünschen Ausgestaltung des Zweckerbundes, also Gemeinschaftlichkeit nur da, wo sie durchaus geboten ist.

Abg. Dominicus (Dem.): Ein Teil von uns hält die Zentralisation noch nicht für weitgehend genug. Der Zweckerbund reicht für so wichtige Fragen wie Gesundheitspflege, Schule, Regelung

der Löhne und Gehälter nicht mehr aus. Das neue Groß-Berlin wird kein Staat im Staate sein; es wäre ein großes Unrecht, wenn Deutschlands größte Stadt der Rechte beraubt wäre, deren sich jede andere Gemeinde erfreut. Die Gefahr einer instabilen Mehrheit fürchten wir nicht, weil die Einkommensteuer nicht mehr in den Händen der Kommune liegt und weil wir das Vertrauen zu dem gefundenen Sinn des Bevölkerung haben, daß er Auswüchse sehr schnell rächen wird. Der letzte Augenblick für die Herbeiführung der finanziellen Gesundung Berlins

ist gekommen; deshalb empfehlen wir Annahme der Vorlage. (Beifall bei den Dem.)

Abg. Dr. Leidig (D. Sp.): Die Selbstverwaltung der einzelnen Bezirke ist nur eine Scheinselbständigkeit; denn sie befreit nicht die Entscheidung auf ganz nebenläufige Fragen. Wir haben gegen die Vorlage die schwersten Bedenken, weil sie den Unabhängigen Berlin in die Hand spielen wird. Das Bürgerturn darf aber nicht entrechtet werden. Wir verlangen die

Gesamtgemeinde.

aus der sich ja später immer noch eine Einheitsgemeinde machen läßt.

Unterstaatssekretär Freund: Ich bitte, es bei der Einheitsgemeinde zu belassen. Kommunitäre Experimente werden in einem demokratischen Groß-Berlin nicht drohen. Das von uns angeordnete Prinzip ist gesund und obendrein notwendig. Die örtliche Selbstständigkeit muß allerdings zugunsten der Zentralisation eingeschränkt werden; die Selbstverwaltung bleibt deswegen doch bestehen. Das wesentliche ist die Durchdringung der beiden Elemente: zentrale Einheitslichkeit und örtliche Selbstverwaltung. Die Gesamtgemeinde wäre nichts anderes als ein Zweckverband. Ich bitte den Gesetzentwurf anzunehmen.

Abg. Leib (U. Soz.): Wir werden der Ausschussfassung zustimmen, obwohl der Einheitsgedanke in ihr durchlöchert worden ist. Danach wird ein Schlussantrag angenommen.

Der Antrag Lüdike (Dnat.) auf Erweiterung des Zweckerbundes für Groß-Berlin wird abgelehnt. Ein Zentrumsantrag für die Gesamtgemeinde wird in namentlicher Abstimmung mit 184 gegen 121 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt. (Lebhafter Beifall links.) Abgelehnt wird auch der deutschnationale Antrag auf Beschränkung des einzugemeindenden Gebiets. Der § 1 wird schließlich von den Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen in der Ausschussfassung unverändert angenommen.

Das Haus erledigt die Einzelberatung bis einschließlich § 89 b und nimmt das Gesetz bis dahin unverändert an. Sonnabend 12 Uhr: Weiterberatung. - Schluß 5 1/2 Uhr.

Groß-Berlin

Einheits-Berlin.

Die neue Stadtgemeinde beschlossen.

Nach diesen Führnissen ist das neue Groß-Berlin, die Einheitsgemeinde, gestern von der Landesversammlung beschlossen worden. Das Schicksal der 88 Gemeinden und Einzelbezirke des Komplexes Groß-Berlin wird damit kommunalpolitisch aufs engste verknüpft und in neue Bahnen gelenkt, die hoffentlich recht bald zu einer Gesundung des kranken Riesenkörpers führen werden. Der Antrag, der zuerst ungeschliffenen Zentrums, nicht eine Einheitsgemeinde, sondern eine Gesamtgemeinde aufzubauen, wurde mit 184 gegen 121 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. Es war also nur eine Mehrheit von 13 Stimmen, die der Einheitsgemeinde zum Siege verhalf.

Es handelt sich jetzt vor allem darum, dem hohen Gedanken der Einheitsgemeinde durch Schaffung eines umfassenden und gerechten Verwaltungssystems einen sicheren Boden zu bereiten. Dazu ist es in erster Linie notwendig, eine Körperschaft, ein Parlament ins Leben zu rufen, das weitgehende Rechte besitzt, um alle Pläne, die sich an eine Vertiefung der Einheitsgemeinde knüpfen, zu verwirklichen. Einen Magistrat der Einheitsgemeinde zu schaffen, wäre erste Pflicht dieser Körperschaft, die wiederum, um entziehen zu können, der schleunigen Ausschreibung von Stadtverordnetenwahlen bedarf. Niemand wird glauben wollen, daß der Gesetzentwurf in seiner heutigen Fassung schon einen Idealzustand darstellt. Notwendige Änderungen werden sich, vielleicht schon im Laufe des nächsten Jahres, herausstellen; aber er ist eine gute

Dline sinkt ohne weiteres auf eine Bank nieder, wie wenn sie ihre Beine nicht mehr tragen wollten. Sie läßt absichtlich etwas Ungewöhnliches ahnen, gerade indem sie zeigt, daß sie am Umsinken ist. Nun kann sich Jnger nicht länger beherrschen, ihr Gesicht ist verzerrt und drückt Mut und Entsetzen aus. Sie sagt: "Ich hab' einen Gruß von dir bekommen durch Os-Anders. Es war ein netter Gruß." "Was denn?" "Es war ein Hafe." "Was du nicht sagst?" versteht Dline merkwürdig freundlich. "Wage nicht, es zu leugnen!" ruft Jnger mit irren Augen. "Ich schlage dir mit der Holzkeule hier mitten ins Gesicht! So, da!"

Schlug sie? Ja, gewiß. Und da Dline nicht beim ersten Schlag zurücktaumelte, sondern im Gegenteil auffällig wird und sagt: "Nimm dich in acht! Ich weiß, was ich von dir weiß!" da gebraucht Jnger die Holzkeule weiter und schlägt Dline zu Boden, zwingt sie unter sich und setzt ihr das Knie auf die Brust.

"Willst du mich ganz töten?" fragt Dline. Sie hatte diesen schrecklichen Hofenmund vor sich, eine große, starke Frau mit einem wahren Prigel von einem Holzstiel in der Hand. Dline hatte schon Peinen von den Schlägen, sie blutete, aber sie knurrte noch mehr und gab nicht nach. "So, du willst mich a uch umbringen?" "Ja - dich umbringen," antwortete Jnger und schlägt weiter. "Da hast du! Ich werde dich totschlagen!" - Sie hatte jetzt die Gewißheit, daß Dline ihr Geheimnis kannte, und es war ihr alles einerlei. "Da hast du eins auf deinen Nacken!" - "Meinen Nacken! Du hast einen Kreuz ins Gesicht geschnitten."

Do Dline zu zah ist, um überwältigt werden zu können, ja verdammte zah, muß Jnger mit ihren Schlägen aufhören; es nützt alles nichts, sie erschöpft sich nur selbst. Aber sie droht - o sie droht Dline mit der Holzkeule dicht vor den Augen, o sie werde noch bekommen, sie werde noch für alle Zeiten genug bekommen! "Ich hab' auch ein Küchenmesser, du wirst es gleich sehen!"

Sie richtet sich auf, um nach dem Messer zu greifen, nach dem großen Tischmesser; aber jetzt ist ihre erste Aufregung vorüber, und sie gebraucht nur noch den Mund. Dline richtet sich auch auf und setzt sich wieder auf die Bank, blau und gelb im Gesicht, voller Peinen und blutig. Sie streift sich das Haar zurück, rückt ihr Kopftuch zurecht, spuckt aus; ihr Mund ist verschwollen! "Du Kanaille!" sagt sie. (Fort. folgt.)

Bekanntmachung.

1. Es erfüllen auf den Nachschalt R der Berliner Belegkarte
200 Gramm ausländische Mühlenfabrikate
 zum Preise von 34 Pf. (je Pfund 84 Pf.)
 auf die Nachschalt 21 und 22 der allgemeinen Lebensmittelliste der Stadt Berlin
 je 125 Gramm
zusammen 250 Gramm lose Hafersflocken
 zum Preise von 70 Pf. (je Pfund 140 Pf.)
 2. Unter Ausschluss nachträglicher Annahme sind die Anmeldebücher vom **Sonntag, den 24. bis Mittwoch, den 28. April**, bei den Kleinbäckern abzugeben.
 3. Die Kleinbäcker haben die Anmeldebücher zu den oben aufgeführten Nummern bei den Großbäckern am **Donnerstag, den 29. April**, abzuliefern.
 4. Nicht abgegebene Ware verfällt mit dem 30. Mai 1920.
 Berlin, den 22. April 1920.

Magistrat.

Abteilung für Nährmittel.

Ortskrankenkasse für die Gewerbe der Tischler und Pianofortarbeiter zu Berlin.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 3 der Verordnung der Reichsregierung über Heraushebung der Grundlöhne und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenkassenversicherung vom 1. April 1920 (Reichsgesetzblatt Nr. 65 Seite 433 ff.) wird der Grundlohn wie folgt festgelegt:

Stufe A auf	1 M.
1	2 1/2
2	3 1/2
3	4 1/2
4	5 1/2
5	6 1/2
6	7 1/2
7	8 1/2
8	9 1/2
9	10 1/2
10	11 1/2
11	12 1/2
12	13 1/2

Die Mitglieder werden hiermit in 13 Stufen eingeteilt. In Stufe A gehören alle ohne Einigkeit beschlossenen Beihilgen-Rassensmittel mit einem Einigkeit bis 2 M. bis 2 M. 40 Pf. bis 4 M. 40 Pf. bis 6 M. 40 Pf. bis 8 M. 40 Pf. bis 10 M. 40 Pf. bis 12 M. 40 Pf. bis 14 M. 40 Pf. bis 16 M. 40 Pf. bis 18 M. 40 Pf. bis 20 M. 40 Pf. bis 22 M. 40 Pf. bis 24 M. 40 Pf. bis 26 M. 40 Pf. bis 28 M. 40 Pf. bis 30 M. 40 Pf. und mehr für den Arbeitstag.

Der Beitrag beträgt wie bisher 6 vom Hundert des Grundlohnes.
 Vorstehende Bekanntmachung tritt am 15. April 1920 in Kraft, von diesem Tage an sind die Beiträge nach der vorstehenden Lohnaufstellung zu zahlen.

Der Vorstand.
 Emil Hebe, Vorsitzender. Fr. Hinte, Schriftführer.

Allg. Ortskrankenkasse Berlin-Pankow.

Auf Grund des § 3 der Verordnung über Heraushebung der Grundlöhne und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenkassenversicherung vom 1. April 1920 hat der Vorstand zur Festlegung des Grundlohnes die Mitglieder eingeteilt in folgende Lohnstufen für den Arbeitstag beträgt:

Stufe A für Beihilgen ohne Einigkeit	1 M.
1	2 1/2
2	3 1/2
3	4 1/2
4	5 1/2
5	6 1/2
6	7 1/2
7	8 1/2
8	9 1/2
9	10 1/2
10	11 1/2
11	12 1/2
12	13 1/2

Darnach wird der Grundlohn bis auf weiteres festgesetzt:
 für Stufe 1 auf 2—M.
 2 3—M.
 3 4—M.
 4 5—M.
 5 6—M.
 6 7—M.
 7 8—M.
 8 9—M.
 9 10—M.
 10 11—M.
 11 12—M.
 12 13—M.
 u. mehr.

Die Beiträge werden mit sechs vom Hundert dieses Grundlohnes berechnet, sie betragen:

In Stufe A für jeden Arbeitstag	5 Pf.
1	12
2	15
3	18
4	21
5	24
6	27
7	30
8	33
9	36
10	39
11	42
12	45

Für die Dienstboten werden fünf vom Hundert des Grundlohnes berechnet, die Beiträge betragen daher:

In Stufe 1 für jeden Tag	10 Pf.
1	20
2	25
3	30
4	35
5	40
6	45
7	50
8	55
9	60
10	65
11	70
12	75

Die Grundlöhne und Beitragssätze treten vorbehaltlich der Beschlußfassung des Ausschusses und der Genehmigung durch das Oberverwaltungsamt am 26. April 1920 in Kraft. Sie treten an die Stelle der in den §§ 88 und 47 der Satzung vorerwähnten Sätze.

Der Vorstand.
 Otto Rihmann.

MÖBEL

Horren-, Speise-, Schlafzimmer,
 bunte Küchen, einzelne Möbel
 Teilzins gestattet. Liefere auch auswärts
 Gekaufte Möbel können kostenlos lagern
Möbel-Gross
 Große Frankfurter Str. 141
 3 Min. v. Schles. Bahnh.
 Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstraße
 3 Min. v. Stettiner Bahnh.
 Kriegsanf. nähme mit 85% in Zahlung

Berlin-Hermsdorfer Siedlungsverein

Sucht Haushälter mit 5-10000 Kapital. Einzel, Doppelzimmer
 in Hermsdorfer Siedlung, Hermsdorfer Str. 46 (Ecke Siedl. Ca. 10-12)

Anzüge

BaerSohn
 Nur Chaussee-Straße 29-30

Jackett-Anzüge moderne Formen 450.- 420.- 500.- 325.- M.
 Jackett-Anzüge mit Gurt u. Falten, gute Stoffe, prima Futteraschen 600.- 700.- 750.- 775.- M.
 Jackett-Anzüge blaue Cheviot Ersatz für Maß, erstklassige Verarbeitung 1400.- 1500.- M.
 Jackett-Anzüge Ersatz für feinste Maßarbeit, prima Zutaten, allerbeste Stoffe 1950.- M.
 Touristen-Anzüge Joppe u. Broches, haltbare Stoffe u. Ia Manchester 350.- 330.- M.
 Hosen vornehme Streifenmuster 42.- 70.- 125.- 140.- 190.- 225.- 285.- 385.- M.
Gummi-Mäntel — Cutaways — Sommer-Paletots — Covercoats zu mäßigen Preisen

Keine Filialen mehr



Ortskrankenkasse der Klempner zu Berlin.
Bekanntmachung.
 Auf Grund des Gesetzes der Reichsregierung betr. Heraushebung der Grundlöhne und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenkassenversicherung vom 1. April 1920 (Reichsgesetzblatt Nr. 65) ist folgende Lohnaufstellung beschließen:

In Stufe 1	1—M.
2	2—M.
3	3—M.
4	4—M.
5	5—M.
6	6—M.
7	7 1/2
8	10,50
9	13—
10	15,50
11	18—
12	21—

§ 15. Der Grundlohn wird von 10—M. auf 30—M. erhöht. Die Mitglieder werden nach einem durchschnittlichen Tageseinkommen in zwölf Lohnstufen eingeteilt.

§ 16. Krankengeld wird in Höhe des halben Grundlohnes gewährt.

§ 17. Als Sterbegeld wird das Vierfache des Grundlohnes gewährt.

In Stufe 1	80 M.
2	160
3	240
4	320
5	400
6	480
7	560
8	640
9	720
10	800
11	880
12	960

§ 18. Die Beiträge werden auf 6 Proz. des Grundlohnes bemessen. Die Beiträge für den Arbeitstag:

In Stufe 1	12 Pf.
2	24
3	36
4	48
5	60
6	72
7	84
8	96
9	108
10	120
11	132
12	144

Die Beiträge werden mit sechs vom Hundert dieses Grundlohnes berechnet, sie betragen:

In Stufe A für jeden Arbeitstag	5 Pf.
1	12
2	15
3	18
4	21
5	24
6	27
7	30
8	33
9	36
10	39
11	42
12	45

Der Vorstand:
 Josef Hartmann, Vorsitzender.
 Heinrich Kuntz, Schriftführer.

Möbel

zu mäßigen Preisen
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
 Wohnzimmer,
 Schlafzimmer,
 Speisezimmer,
 Herrenzimmer
 großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Röhren
Teilzahlung gestattet!
Beiser
 Lothringer Str. 67.
 Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern. Besuch lohnend.

Alte Gebisse

auch einzelne Zähne 6—20 Mark
 wo Echtheit festgestellt ist, Knopffüllzähne die Hälfte
Platin-Brennstifte usw.
 zahle die höchsten Preise.
Zahntechn. Laboratorium Rosenzweig,
Oranienburger Str. 38, hochp.
 zw. Artillerie- u. Friedrichstr. — Einkauf von 9—6 Uhr

Trotz des großen Preissturzes

zahle ich noch immer für
Kupfer 10,— Messing 6,—
Rotguß 7,— Blei 3,—
Aluminium 10,— Nickel 18,—
 sowie Zinn und Quecksilber die höchsten Konkurrenzpreise
Oderberger Str. 1.

Schnellaufnehmer

Schmirgelstein, Naturstahl, Fräser, Reibahlen, Gewindebohrer, usw.
 kauft zu allerhöchsten Tagespreisen.
Händler Extrapreise.
Henschel.
 Moabit, Rostocker Str. 22.

Bettmässen.

Befreiung sofort.
 Alter u. Geschlecht angeben.
 Ausk. umsonst, Acclimat. u. unbewährte gesch. Methode.
Institut Engbrecht
 München B 357, Kapuzinerstr. 9.

Buntarbeiten

mit Bleistiftmaschinen übernimmt
Möbelabrik Conrad.
 Remise Str. 14. Werg 109L
 Wird auch abgeholt.

Pianos

vorzügliche Auswahl im Musikhaus
Orelli & Härtel.
 Potsdamer Str. 21. 90 8

Jetzt bis 7 Uhr geöffnet!
 Billige Preise!!!
 Kriegsanleihe wird mit 84% in Zahlung genommen.

Jetzt noch:

Ulster 78, 115
Püschmäntel . . 1200, 1800, 2450
Pelzmäntel . . . 4000, 6200, 8500
Astrachanmäntel 425, 680, 950

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115
Sonntags geschlossen!

Kupfer 12.25, Rotguß 10.—
Messing 6.—, Blei 3.—
 Zink sowie alle anderen Altmetalle höchstzahlend
Metall-Einkaufs-Zentrale
Kottbuser Damm 66
 Moritzplatz 135 80 7503 Hermannplatz

Säle frei!

Für Versammlungen, Vereine usw.
Residenz - Festsäle, Landsberger Straße 31
Oranien - Festsäle, Naunynstraße 27
Central - Festsäle, Alte Jakobstraße 32
Kellers Konzert- u. Festsäle, Koppensstraße 29
Berliner Vereins- u. Konz.-Säle, Kommandantenstraße 88, 89
 Fernspr.: Moritzplatz 101 81, 7224, Alex. 5291.

Kupfer, 12, Messing, 6,

sowie Zinn, Zink, Blei, Grammophon-Platten, Rohhaare usw.
 zu den höchsten Tagespreisen die
Metalleinkaufsstellen
Neue Gräfte 25, Stallschreiberstr. 50/51, Stallschreiberstr. 48/49.

Messing

Kupfer, Aluminium, Zinn und anderes Altmetall, Eisen kauft zu den höchsten Tagespreisen
Schlosserei Wiemann,
 Stallschreiberstr. 55, nur Hof im Keller, kein Laden.

Kupfer, 12, Messing, 6,

Rotguß, M. 8,00 p. Kilo
 Messing, „ 6,00
 Blei, „ 3,25
 Zink, „ 2,50
 Zeitungen, geh., 1,50

Nach ist's Zeit!

Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Quecksilber, Naturstahl
 kauft wieder zu erhöhten Preisen nur
Metallschmelze
 Prinzessinnenstr. 17, neben Wertheim, Kochpl.

Metalle

Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zinn, Zink, Zinnlegierung, usw.
 kauft zu unübertroffenen Tagespreisen.
Judermann, Wollf Str. 9,
 vorm H. Herber 9661. 129, 3

Stoffe

zur Damen- und Herrenbekleidung
 Futterstoffe / Knöpfe
Konfektion
 für Damen u. Mädch.
 Maßanfertigung
C. Pelz
 5 Köthuser Str. 5

Gallenstein

hier entzün. Grippen- und Lungenentzündungen werden mit Gallenstein-Operatoren schnellst
„ANTIGALLIN“
 In allen Apotheken zu haben. Wo nicht, sofortige Zusendung durch die Antigen-Apothek, Berlin-Friedrichshagen. Preis pro Flasche 12,50 Mark.
 Antigen-Operatoren über die Lieferung des Antigen gratis durch:
ANTIGALLIN-WERK G. m. b. H.,
 Berlin-Friedrichshagen.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
 Spr. 11—1, 5—7, Sonn. 11—4
 Horn- u. Blutuntersuchung
Leim, 22,00
Schellack
 kauft jedes Quantum Drogen
 Aues, Berlin, Unter den Eichen 75.
 Telefon: Albinstraße 2100.

Gesucht

Ernst Geissler,
 Arbeiter,
 geboren am 2. Januar 1888 in Ruzschowitz, Kreis Woblenz, Regierungsbezirk Breslau, oben seine Nachkommen von seinem Bruder in New York. Nachricht erteilt **Heinrich Begen,**
 Frankfurt a. M., Süd, Dürrenstraße 10.

Zigaretten

für Kleinbändler u. Gastwirte
 beste Qualitäten. Sehr billig anzugeben. — 4 bis 5 Uhr.
Neu u. Kölln, Stuttgarter Straße 48, parterre rechts.

Witesset

Wider, auch die letzten
 schmerzhaften, letztl. eine
 große, gelbliche, Eust und
 einige Stunden vor dem
 Tode im Bett durch meine
 seit 30 Jahren mit unermüdlich
 beständigem Bestreben
 ward 8.50. Zur gleichzeitigen
 Anwesenheit Dr. Reichel's
 Gallerie - Kettenschmelzwerk
 20, 30, Otto Reichel,
 Berlin 45, Wilmersburger Str. 4.

Markt-Reisende!

Redegew. Leute etc. er. gr. Verdienst mit uns. Neuh. in Briefschaften. Spz. 1. 2. 3. u. 5-M. Garnituren, Riesenmusternd. M. 5.—. Brieftaschenfabr. Königsbrück 20.

J.F. Rauch

Alte Wein-Stuben
Friedrichstr. 11, Brunnenstr. 174
 neb. Goldsch. Busse - Straße
 Frankfurter Str. 112 neb. Jandorf
 Invalidenstr. 164, Hauptkontor
 und Grosso - Verkauf N 4,
 Bergstr. 34, am Stett. Bnhof.
 Adler deutsch. Weinbrand

Derby-Cognac

Zuckergesüßter
Sekt
 Zuckergesüßter, feinster
Johannisbeerwein
Maitrank

Zigarren

feinere Zigarren in den billigen
 Preislagen. Neuh. für
 alle Zigarrenkäufer. Vorge-
 sendung erbeten.
W. Krüger u. Co.,
 Rallertstr. 44/45.

Frauenleiden

und deren Verhütung
 Mit Anhang:
Die Verhütung der Schwangerschaft.
 Mit 7 Abbildungen im Text.
 Von Dr. J. Jabel.
 Preis 1 M., Porto 5 Pfennig.
 in geflochtenem Urm 30 Pf.
 Das Werk behandelt die beson-
 deren, der Frau eigentümlichen
 Krankheiten, namentlich die der
 weiblichen Geschlechtsorgane.

!!! Geld !!!

für jede Verleumdung. Höchst An-
 laufpreis für Plandrucke,
 Brillanten, Goldgeräth,
 Seppiche, Bilder, usw. Wolff,
 Friedrichstr. 41 III. Ed. Redakteur.

Zinn bis 40,— p. Kilo,

Lötzinn bis 20,— p. Kilo
 kauft
Zinnschmelze Cassirer
 Schulzenborfer Str. 13,
 Tel.: Norden 8634, Ostl. 1202.
 Versand mit norm. 8%.

Grammophon-Platten

sowie Wachswalzen
 auch zerbrochene,
 kauft höchstzahlend
Metallkontor
 W. John, Gegr. 1903,
 SW. 80, Alte Jakobstr. 180.
 Tel.: Moritzplatz 1.253.
 Geschäftszeit 9—4 Uhr.

Metallbetten

Eisblechbetten, Kinder-
 betten, Wollan in jedermann.
 Rotating r. Eisenmöbelfabrik,
 Sehl in Thür. 9815

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
 Spr. 11—1, 5—7, Sonn. 11—4
 Horn- u. Blutuntersuchung
Leim, 22,00
Schellack
 kauft jedes Quantum Drogen
 Aues, Berlin, Unter den Eichen 75.
 Telefon: Albinstraße 2100.

Kreditabkommen mit dem Ausland.

Zufuhr von Lebensmitteln.

Dem Reichswirtschaftsministerium ist es gelungen, weitgehende Kreditabschlüsse auf Lebensmittel mit Holland und Amerika zu erwirken. Das Abkommen mit Holland, über dessen Einzelheiten wir bereits in der Sonntagsausgabe berichtet haben, ist bereits ratifiziert worden. Die Lieferungsverträge zwischen den holländischen Lieferanten und den zuständigen Reichseinfuhrstellen sind abgeschlossen.

Gleichzeitig konnten die Verhandlungen mit amerikanischen Vorkriegsfabrikanten über Lebensmittellieferungen im Werte von 45 Millionen Dollar gleich 2 1/2 Milliarden Mark auf dem Kreditwege zu Ende geführt werden. Es handelt sich hier um ganz bedeutende Mengen, deren Lieferung sofort beginnt. Allein an Brotgetreide sind Kaufverhandlungen über 270 000 Tonnen abgeschlossen, während über weitere 150 000 Tonnen noch verhandelt wird. Die Finanzierung ist sichergestellt. Kommt auch der zweite Kauf zustande, so bringt uns dieses Kreditabkommen allein den dringendsten Einfuhrbedarf für etwa 1 1/2 Monate. Außerdem werden geliefert:

45 000 Tonnen ausländisches Fleisch,
50 000 lebende Schweine,
20 000 lebende Rinder,
25 000 Tonnen Speck,
25 000 Tonnen Schmalz,
3 000 Tonnen Käse,
400 000 Äpfel zu je 48 Dosen Milch,
Delfrische zur Herstellung von etwa
50 000 Tonnen Margarine,
10 000 Tonnen Reis und
1 200 000 Zentner Kartoffeln.

Die Einfuhr von größeren Mengen Dingen aus England und den skandinavischen Ländern ist ebenfalls gesichert. Wie die „Vossische Zeitung“ zu melden weiß, stehen auch die Verhandlungen mit Dänemark über Viehlieferungen gegen deutsche Waren günstig.

Sie Zurückziehung der farbigen Truppen.

Amsterdam, 22. April. „Allgemeine Handelsblad“ hat der Postungsbotschaft der englischen Arbeiterpartei einen Antrag angenommen, daß gegen die Verwendung von farbigen Truppen im besetzten Gebiet Deutschlands bei den alliierten Regierungen und beim Völkerbund Protest erhoben und Zurückziehung der Truppen verlangt werden soll.

West-Ostliches.

Nachen, 22. April. Nachdem der sozialdemokratische „Volkstreu und“ bereits drei Tage verboten war, ist er auf Anordnung der Rheinland-Kommission wiederum auf drei Tage verboten worden.

Oppeln, 22. April. Die streikenden Richter und Beamten Ober-Schlesien ersuchten General de Rond um Verhandlungen über ihre Forderungen, da der Entente-Justizdirektor dies abgelehnt hat.

Beschwerderecht gegen Zeitungsverbote.

Nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. April 1920 ist gegen das Verbot periodischer Druckschriften Beschwerde an einen Ausschuss zulässig. Als Mitglieder sind vom Reichspräsident seiner Mitte gewählt: Reichlicher Ministerialdirektor Dr. Robis, Preussischer Geh. Ober-Regierungsrat Koebenbr. Bapert, Generaldirektor Dr. von Freyer, Sächs. Generaldirektor Dr. Koch, Baurat, Generaldirektor Dr. von Hülsen, Thüring. Ministerialdirektor Dr. Rinzow, Senator Dr. Nebelhauser-Bremen, sowie als Stellvertreter: Reichlicher Ministerialdirektor Dr. Reiter, Preuss. Geh. Ober-Justizrat Huber, Leiter, Ministerialdirektor Dr. von Hülsen, Sächs. Geh. Legationsrat Voelckh, Thüring. Ministerialdirektor Schöffler, Weimarer-Schmerlinger Ministerialdirektor Dr. Tischbein, Bürgermeister Stollen-Gamburg.

Zentrum des deutschen Gemüsesamenbaues ist Kleeberleben. Hier wurde mit dem 1. April eine Zweiganstalt der Biologischen Versuchsanstalt für Land- und Forstwirtschaft (Pflanzen-Tafeln) eingerichtet, die die pflanzenlichen und tierischen Schädlinge der Gemüsepflanzen zu erforschen und Gegenmaßnahmen zu erproben hat.

Aus dem Kreis der Sozialdemokratischen Partei (Partei-Ordnung) Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 IV wird und geschrieben: Mangel an Material, ein ausführliches Notizen-Verzeichnis der Schriften aufzuführen, die im vergangenen Quartal für das Archiv neu erworben wurden. So bringen wir im nachfolgenden eine summarische Übersicht: Von den insgesamt 205 Neuerwerbungen entfallen auf: Volkswirtschaft (Sozialismus) 14, Sozialwissenschaft 29, Sozialismus und Sozialdemokratie 23, Geschichte 28, Staatswissenschaft 41, Rechtswissenschaft 8, Kriegswissenschaften 11, Bildungswissenschaften 4, Religion und Philosophie 3, Geographie, Naturwissenschaften, Medizin 6, Sprache und Literaturwissenschaft, Belletristik 7, Verita, Bibliographie, Biographien, Memoiren 18 und Periodika 21 Schriften. 42 Personen erhalteten 54 Besuche und benutzten 124 Werke. NB. Einwendungen von Partei-Dokumenten und -Schriften, Flugblätter und Plakate von politisch wichtigen Ereignissen, historischen Erinnerungen, Photographien usw. an obige Adresse erbeten.

Der bekannte Maler Albert Raab, der auch auf künstlerischem Gebiet große Verdienste hat, wird am 26. April 60 Jahre alt. Raab hat erfolgreich gegen die übertriebene Ornamentik der Vorkriegszeit gekämpft. Besonders eifrig setzte er sich für eine geistreiche Reform der Schulbücher wie überhaupt des Zeichenunterrichts ein.

In ganz Deutschlands hundertsten Geburtstage veranstaltet das Schillerhaus eine Ausstellung des Schillerwerkes dieses an sozialem Schauen stellen Reichs.

Quantität. Am 22. April, abends fünf Uhr, findet in der „Neuen Welt“, Halenside, der vom Bezirksbildungsausschuß besch. Berlin veranstaltete Letztere Abend statt. Keil Gänge hat vollere Tönen aus dem Kofolo und „Kantaten“ vor. Familien des Programms wird Sappho lammliche Dicht. Die wahre Galanterie aufgeführt. Diese Oper — der Stoff dazu stammt aus der griechischen Mythologie — nimmt unter den Opern den zweiten Platz ein und hat sich einst im Sturm alle Bühnen erobert. Die Ideale der griechischen Mythologie werden in geradezu fesselnder Weise dargestellt und ins Moderne überführt. Dadurch entstehen wunderbare föhliche Kontraste. Musik: Berliner Konzert-Orchester. An das Programm schließt sich Tanz an. Eintrittskarten kosten einschließlich Taxo und Steuer 2,00 M.

Richard Strauß wird nach der Rückkehr von einer größeren Auslandreise Anfang nächsten Jahres in der Staatsoper eine Reihe eigener Werke nach einer von der Staatsoper zu veranstaltenden Konzerte führen. In einem Schreiben an Max Schilling dankt Strauß in begeisterten Worten für die künstlerisch vollendete Aufführung seines neuen Werkes. Sie sei eine „hohe Krönung alles dessen“, was in den letzten zwanzig Jahren an eigenen Aufführungen seiner Werke im Opernhaus geleistet worden ist.

Der Angelegte war freigegeben worden. „Natten“ Sie sich Malina von kleiner Gesellschaft fern.“ gab ihm der Richter als nachkommenden Rat mit auf den Weg. — „Geh, Klotz, Sie werden mich sobald nicht wiedersehen.“ (Antwort.)

Neubildung der Sozialisierungskommission.

Zunmer noch keine endgültige Zusammensetzung.

Wie wir bereits berichteten, ist die Neubildung der Sozialisierungskommission seit einiger Zeit im Gange. Wie nun verlautet, hat die Kommission selbst noch keine Entscheidung über ihre endgültige Zusammensetzung getroffen. Das klinge einigermassen bezeichnend, nachdem die Vorbesprechungen zu dieser Frage schon seit Wochen im Gange sind. Offenbar spielen die Forderungen der Unternehmer, ebenso wie die Gewerkschaften ihre Vertreter für die Sozialisierungskommission selbst zu benennen, dabei eine gewisse Rolle. Davon kann natürlich keine Rede sein, denn es ist einer Kommission, die praktische Vorschläge zur Sozialisierung zu machen hat, nicht zuzumuten, grundsätzliche Gegner der Sozialisierung gleichberechtigt aufzunehmen, die ihrer ganzen Ueberzeugung nach nicht anders können, als den Sozialisierungsgedanken zu sabotieren.

Andere Seite ist es auch möglich, daß die Zusammensetzung der Sozialisierungskommission von der Frage abhängen wird, welche Rechte man ihr zugestehet. Durch die Anerkennung der acht Punkte, die den Wiederzusammentritt dieser Kommission fordert, ist die Regierung selbstverständlich verpflichtet, die Hindernisse, die sich der Arbeit der früheren Sozialisierungskommission entgegenstellten, aus dem Wege zu räumen. Dazu gehört vor allem, daß man der Kommission genügend Rechte und Vollmachten gibt, um ihre Arbeit für die Sozialisierungspolitik nutzbringend machen zu können. Da bisher darüber noch nichts bekannt geworden ist, scheint diese Frage ebenfalls noch nicht geklärt zu sein. Das Volk hat aber ein Recht zu der Forderung, daß die Kommission sobald als möglich in den Stand gesetzt wird, ihre Arbeiten unabhuglich aufzunehmen. Das um so mehr, als die Einberufung der neuen Kommission durch den Reichspräsidenten bereits in den nächsten Tagen erfolgen soll.

Das Reichsheimstatengesetz.

Man schreibt uns:

Der Entwurf zu einem Reichsheimstatengesetz liegt der Nationalversammlung vor. Sie soll nicht scheitern, ohne diese dringlichste Aufgabe erfüllt zu haben. Denn die Beschaffung von Heimen für Hunderttausende Familien, die in fremden Wohnungen, Baracken, unwhirigen Notwohnungen haufen, muß ebenso als dringlichste Aufgabe angesehen werden, wie die Aufgabe, die landwirtschaftliche Bauwirtschaft arbeitsfähig zu machen, staatliche Forsten dem Bauholzmarkt zu öffnen, die Baukosten zu senken, die Uebersteuerungsfrage endlich zu lösen.

In dieser verzweifelten, erwartungsvollen Stunde beschankt sich die Regierung darauf, die neue Rechtsform der Heimstatien rechtlich zu gestalten, fühlt sie sich bemuhigt, zum Geleie zu sagen: „Maßnahmen zur Vereinfachung von Land und Geld, um Heimstatien zu schaffen, gehören nicht zu seiner Aufgabe.“

Was soll diese gefegliche Verbrämung des Willens zur Unproduktivität? Was soll sie angesichts der zusammenbrechenden Wohnungswirtschaft und in der Stunde des Auseinandergehens der Nationalversammlung? Die Begründung antwortet, das Gesetz solle „dem nachdrücklichen Verlangen der Deutschnation nachkommen“. Es sei demnach gelagert: Das Verlangen der Deutschnation sieht nicht nach „neuen Rechtsformen“ und nicht nach leeren Zugeständnissen. Nachdrücklich verlangen Tausende Familien, die zwischen hunnen Bretterwanden in aufgeteilten Langzalen verkommen, nach Wohnungen, verlangt die Wirtschaft nach Arbeitsmöglichkeit, Millionen Bauhandwerker nach Brot. Sie wollen keine leere Rechtsform, die anzufüllen die Regierung sich nicht aufmacht, sie wollen nicht Paragraphen, sondern Produktion. Der Produktion den Boden zu ebnen, ist die dringlichste Aufgabe der Nationalversammlung, auch noch in ihrer Scheidestunde.

Streik in Brauereien und Bierniederlagen.

Am Freitagabend beschloß eine Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensmänner nach dem Bericht der Lohnkommission über das Wahlmangelergebnis, doch am heutigen Sonntagabend in allen in Frage kommenden Betrieben die Arbeit niederzulegen ist, und das an den gestellten und eingereichten Forderungen festgehalten wird. Der Streikbeschl gilt auch für die Niederlagen in Bernau, Oranienburg, Jossen, Bietzen, Rauen, Zeltow, Erfner, Kalkberge-Rüdersdorf und Friedrichshagen, die in das Tarifgebiet mit einbezogen werden sollen.

Dort wo außer Bier und weinendige Lebensmittel hergestellt werden, soll die Lage von Fall zu Fall geprift und nur auf Anordnung der Lohnkommission die Arbeit niedergelegt werden.

Alle haberen Informationen sind vom Bureau des Brauerei- und Mahlarbeiterverbandes, Berlin E., Madauerstr. 10, Fernsprecher Norden 4518, einzuholen.

Unzulänglichkeiten des neuen Versorgungs-gesetzes.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten schreibt uns:

Kurz vor der zweiten Lesung des neuen Reichsversorgungsgesetzes fand auf Grieben der Organisation eine Wahlsprechung der Vertreter der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen mit dem interparlamentarischen Ausschuss statt. Die Vertreter des Reichsbundes und der anderen Organisationen legten noch einmal kurz aber mit aller Nachdrucklichkeit die Forderungen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu dem vorliegenden Gesetzentwurf dar. Scharf kritisiert wurde, das das neue Versorgungs-gesetz für die Hinterbliebenen einen Rechtsanpruch auf Heilbehandlung und Berufsausbildung nicht bringen soll.

Die Gestaltung der Renten konnte ebenfalls nicht die Zustimmung der Kriegsbeschädigten finden. Nach § 28 des Gesetzes soll eine sogenannte Ausgleichszulage dann gegeben werden, wenn der Beschädigte einen Beruf ausgeübt hat oder voraussichtlich erlangen würde, der erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert. Der Reichsbund vertritt den Standpunkt, das dieser Paragraph unbedingt fallen muß, da er die Gewährung ungleicher Solventen zur Folge haben würde und auch zu einer ungleichen Versorgung der Hinterbliebenen führen wuhle.

Der Reichsbund mit seinen rund 700 000 Mitgliedern verlangt gleiche Renten für alle Kriegshinterbliebenen und für alle Vollerwerbsbeschrankten. Bei der Festlegung der Teilrente muß jedoch auf den Beruf Macht genommen werden. Der Reichsanwalt, der einen Arm verloren hat, muß entgegen mehr Rente erhalten als der Landgerichtsdirektor oder Regierungspräsident, die ihren Beruf noch ausüben können.

Der berichtigte § 36 des Rannschaftsversorgungsgesetzes 1906 ist zwar gefallen, hat aber einer anderen Bestimmung Platz ge-

macht. Nach § 63 des Gesetzentwurfs soll von den Renten ein Drittel des Betrages nicht ausgezahlt werden, wenn der Beschädigte neben seinen Rentenbezügen ein steuerbares Einkommen von 4000—5000 M. hat. Bei einem Einkommen von 14 000 M. sollen alle Rentenbezüge ruhen.

Der § 63 bedeutet eine große Härte für die Empfänger kleiner Renten.

Sie beschränken uns darauf, heute nur auf diese Nachstelle des Gesetzentwurfs hinzuweisen und erwarten von der Nationalversammlung, das sie noch im letzten Augenblick diese nachteiligen Bestimmungen des Gesetzes zugunsten der Versorgungsberechtigten ändert.

Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, findet in der „Neuen Welt“, Halenside, eine öffentliche Versammlung aller Kriegsbeschädigten, ehemaligen Kriegsgefangenen und der Kriegshinterbliebenen statt, die noch einmal zu dem Gesetzentwurf Stellung nehmen wird.

Gefahr im Ruhegebiet?

Die Ruhrflucklinge sind zum größten Teil heimbesetzt. — Wenn die rechtsrheinische Presse so große Angst vor einem neuen Zustand zeigt, so sollte sie auch erkennen, wie ungewohnt Veritterung die außerordentlichen Kriegsgerichte jetzt wieder erzeugen. Sie verurteilen Angehörige der Roten Armee, sogar solche, die hineingepret wurden, zu jahrelangen Gefängnis- und Zuchthausstrafen für hohen Wachdienst, der schließlich der Allgemeinheit dienete und für Teilnahme am Kampf, der doch lediglich aus dem vollen be-gründeten Misstrauen gegen die Absichten der Truppen entstand. Den Staatsanwaltem ist vom Justizminister befohlen, gegen solche Kämpfer nicht vorzugehen und etwa ergangene Verurteilungen anzulehnen. Aber gegen die außerordentlichen Kriegsgerichte gibt es ja überhaupt kein Rechtsmittel. Die Nationalversammlung sollte wirklich noch vor ihrem Ende diese schandvolle Erbschaft aus dem alten Regime beseitigen. Gerade das schleunige Verfahren dieser Gerichte erfordert die Möglichkeit der Reklamation.

Sie wiederholen übrigens nachdrücklich, das all das Gefahr über neue Kommunistengefahr und Note-Armeebildung keine Berechtigung hat und wie warnen entschieden davor, etwa durch weiteres militärisches Vorgehen die mühsam hergestellte Ruhe wieder zu gefahren.

Das die Organe auch mit Schwindel arbeitet, beweist folgende Wolk-Meldung: Berlin, 22. April. Das „8-Uhr-Abendblatt“ teilt mit, das am Donnerstag in der Reichskanzlei ein Telegramm des Oberpräsidenten in Düsseldorf eingegangen sei, betreffend einen von linksradikaler Seite bevorstehenden Umsturz im Gebiet südlich der Ruhr. Demgegenüber ist festzustellen, das in der Reichskanzlei ein solches Telegramm des Oberpräsidenten in Düsseldorf nicht eingegangen ist.

Wach, nicht Wach, heißt der U.-S.-P.-Redner, der am Donnerstag abend (siehe den geistigen Bericht in einer R.-P.-D.-Versammlung für die R.-P.-D. geredet hat. Es ist der bekannte Justiz- und Konfusionsrat James Wach.

Wirtschaft

Neugründungen und Kapitalerhöhungen.

Nach der Kapitalaufnahme der deutschen Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung in den letzten Jahren gibt nachstehende Tabelle Auskunft:

Es erfolgten im Jahre	Neugründungen	Kapitalerhöhungen	zusammen
	in Millionen Mark		
1915	215,7	287,4	503,1
1916	338,3	304,3	642,6
1917	403,8	600,6	1004,4
1918	876,8	953,4	1830,2
1919	1071,3	1188,3	2259,6

Aus der Tabelle geht hervor, das die Kapitalaufnahmen im Jahre 1910, dessen letzter Teil bereits im Zeichen hohen Kapitalbedarfs stand, bedeutend größer war als in den Vorjahren. Berück-sichtigt man jedoch die bedeutenden Anforderungen, die die Umstellung der Wirtschaft auf die Friedensproduktion mit sich brachte, und das Sinken des Geldwertes, so erscheint die Kapitalbildung bei den industriellen Gesellschaften ganz außerordentlich gering im Vergleich zu den Vorjahren. Diese Tabelle ist ein neuer Beweis für die vom Reichswirtschaftsministerium in der bekannten Denkschrift des Unterstaatssekretärs Girsch aufgestellte Behauptung, das die volkswirtschaftliche Kapitalbildung hinter der privatwirtschaftlichen außerordentlich zurückbleibt und das die Industrie ihre Betriebskapital noch Mangelhaft aus dem Warenpreisen zu decken sucht, anstatt an den Kapitalmarkt zu gehen. Das ist ein durchaus ungesunder Zustand, der zu einer unerbulichen Verlangsamung des Wirtschaftens und zu einer ungeheuren Stärkung der Macht des Barwerts führt. Wenn die Allgemeinheit durch die Preise das Betriebskapital aufbringen zu muß, sie auch einen Anteil an dem Besitz der Unternehmungen bekommen. Somit werden auch die Selbstverwaltungskörper und das gemeinwirtschaftliche Ausbaugebiet nur zu einem Deckmantel für die Entfaltung des brutalsten Kapitalismus.

Keine Aufhebung der Weinversteigerungen. Der verachtete Handel- und Gewerbausschu der Preussischen Landesversammlung lehnte einen Antrag der Deutschen Volkspartei, nach welchem die Weinversteigerungen mindestens auf ein Jahr verboten werden sollen, ab. Da eine Freigabe zum mindesten nicht erzielt werden würde. Die Domanenwine, die zur Versteigerung kämen, seien lediglich Preisgenusswine. Andererseits sei für die Freigabe der Weinberge keine insofern der schmerzlichen Friedensbedingungen einer sorgenvollen Zukunft entgegenzugehen auf das schwerste.

Die Ausfuhrabgaben werden nach einer amtlichen Ankundigung nunmehr am 1. Mai 1920 in Kraft treten. Eine Bekanntmachung, die den Abgabekurs sowie weitere Bestimmungen über die Verhebung der Abgabe enthält, ist im „Reichsanzeiger“ erschienen. Der Vertrag der Ausfuhrabgaben wird, wie schonzeitlich berichtet, zu wirtschaftlichen Zwecken verwendet, vor allem zur Beschaffung ausländischer Rohstoffe für die heimische Industrie.

Zur Steuererklärung zur Abgabe vom Vermögenszuwachs wird darauf hingewiesen, das nach § 22 Abs. 1 des Gesetzes über eine Abgabebefreiung vom Vermögenszuwachs jeder Abgabepflichtige, dessen Endvermögen kein Einkommensvermogen um mindestens 8000 Mark übersteigt, verpflichtet ist, eine Steuererklärung abzugeben, und zwar auch dann, wenn ihm vom Bundesfinanzamt kein Steuererklarungsformular zugesandt wurde.

Kaufkraftfahige Mittelmaen. Im Handel- und Gewerbe-ausschuß der Preussischen Landesversammlung begründete der Abg. E. B. E. M. A. N. (Soz.) seinen Antrag über die Errichtung volkswirtschaftlicher Mittelmaen. Regierungsdirektoren wie Vertreter der Parteien sprachten sich für den Antrag aus, der darauf Anweisung fand und dem Hause einstimmig angenommen wurde.

Eine lebhafte Schiffantaftigkeit entfaltet England. Nach ahnda Schiffbraucher waren dort Ende März 503 Handelsdampfer mit 8 394 000 Tonnen im Bau, d. h. 400 000 Tonnen mehr als Ende Dezember, 1 140 000 Tonnen mehr als Ende März 1919.

Gewerkschaftsbewegung

Die Volkshochschule Groß-Berlin

beranfstaltet an den Winterabenden von 7-8 Uhr einen Kursus von 10 Vorträgen über: **Gewerkschaftslehre**. Vortragender: Genosse Hermann Müller vom Zentral-Arbeitersekretariat. Beginn: 28. April im Realgymnasium, Berlin S., Mittenwalder Str. 34. Vorgelesen sind auch noch einige andere Kurse, die für die gewerkschaftlich tätigen Arbeiter von Bedeutung sind. So sprechen Prof. Ruhbaum über: Betriebslehre, Dr. Derich und Prof. Kasse über: Das Arbeiter- und Angestelltenrecht, Dr. Geiger und Landrichter Ruben über: Rechtsfragen des täglichen Lebens. Der Arbeitsplan der Volkshochschule, der nähere Angaben über diese und andere wichtige Kurse enthält, ist an folgenden Stellen zu haben: Gewerkschaftshaus, Engelshof 15 (Zimmer 15), Buchhandlung „Freiheit“, Dreitestr. 8-9, Buchhandlung „Vorwärts“, Lindenstr. 2.

Die Berliner Transportarbeiter im Jahre 1919.

Der Mitgliederbestand des Bezirks Berlins vom Deutschen Transportarbeiterverband ist nach Angabe des eben erschienenen Jahresberichts von 46 879 Ende 1918 auf 125 205 am Schluss des Jahres 1919 angewachsen. Das ist eine Zunahme von 78 326 Mitgliedern. Im Laufe des Jahres 1919 wurden 87 459 Neuaufnahmen gemacht, denen ein Abgang von 15 631 wegen rückständiger Beiträge gestrichener Mitglieder gegenübersteht. Das ist gegenüber früheren Jahren ein recht günstiges Verhältnis. Im Jahre 1918 standen 88 639 Neuaufnahmen 24 323 Streichungen von Restanten gegenüber. Die Fluktuation ist also im Berichtsjahre sehr erheblich zurückgegangen, der Mitgliederbestand ist stabiler geworden.

Die miffliche Wirtschaftslage gab Anlaß zu einer Reihe von Lohnbewegungen. Es wurden 47 Streiks in 830 Betrieben mit 52 654 Beteiligten geführt. In Lohnaufbesserungen ohne Streik kam es in 453 Fällen in 9714 Betrieben mit 214 558 Beteiligten. Erreicht wurde durch die Streiks in 825 Betrieben mit 45 645 Beteiligten eine Lohnerhöhung von insgesamt 937 579 M. pro Woche und bei einer Firma mit 85 Beteiligten eine Arbeitszeitverkürzung. Im Verhandlungswege, ohne Streik, erreichten 193 558 Beteiligte bei 9914 Firmen Lohnverbesserungen von insgesamt 8 249 199 M. pro Woche und 16 815 Beteiligte bei 93 Firmen eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Ausgestaltung des Tarifwesens hat erfreuliche Fortschritte gemacht. In allen nennenswerten Betrieben und Branchen sind Tarife durchgeführt. Dabei ist besonders Gewicht gelegt worden auf das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterausschüsse bei Einstellungen und Entlassungen.

Arbeitsordnung und Betriebsrätegesetz.

Nach § 80, Abs. 8 des Betriebsrätegesetzes ist binnen 3 Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine neue Arbeitsordnung zu erlassen, wenn die geltende Arbeitsordnung vor dem 1. Januar 1919 erlassen worden ist. Danach müßte also in allen diesen Fällen eine neue Arbeitsordnung bis zum 9. Mai 1920 erlassen werden. Nun beabsichtigt aber das Reichsarbeitsministerium, ein Muster für eine Arbeitsordnung zu entwerfen und zur allgemeinen Anwendung zu empfehlen. Dazu sind eingehende Vorarbeiten notwendig, insbesondere müssen die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört werden. Es besteht deshalb die Absicht, durch eine Aenderung des § 80 die Frist bis zum 1. September 1920 hinauszuschieben. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll, wenn irgend möglich, noch von der Rationalversammlung erledigt werden. Es würde dann also erst bis zum 1. September 1920 eine neue Arbeitsordnung erlassen werden müssen.

Die Einigung im Friseurgewerbe.

Die Friseurgehilfen haben in ihrer von über 2000 Mitgliedern besuchten Versammlung am Donnerstagabend in der Höpferstraße die Annahme des Schiedsspruchs beschlossen. Zunächst wurde beschlossen, davon abzusehen, den Montag als freien Tag ausschließlich in Anspruch zu nehmen, da der Schiedsspruch wohl die Freigabe eines vollen Wochentages vorsieht, die Wahl des betreffenden Tages jedoch der Verständigung zwischen den einzelnen Meistern und Gehilfen überläßt. Die Kontrolle über den Umfang der bereits aus freien Stücken eingeführten Sonntagsruhe soll auch an diesem Sonntage an den bekannten Stellen wieder vorgenommen werden. Am 1. Mai soll wie sonst an Sonntagen gearbeitet werden, dafür aber am Sonntag, den 2. Mai die vollständige Arbeitruhe eintreten.

Ein Antrag der Opposition, einen Korreferenten zu bestellen, ergab deren beschwichtigende Minderheit. Der Referent Ratjuschke teilte den Wortlaut des Schiedsspruchs mit, der eine Reihe strittiger Fragen einer zu bildenden Arbeitsgemeinschaft der Parteien zuweist, weiter aber einen fertigen Tarifvertrag unter Anlehnung an den bisher geltenden enthält. Zum Vertragsgebiet kommen Cöpenick und Spandau mit hinzu, da die hier bestehenden Arbeitgebervereinigungen dem Interessenverband beigetreten sind. Die irtümliche Auffassung, daß der Montag als Ruhetag gelten soll, habe auch bei den Arbeitgebervereinigungen bestanden. Reiner erörtert dann die Aussichten auf Rechtsverbindlichkeit des Schiedsspruchs und empfiehlt den von den Vertrauensmännern mit 38 gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossenen Antrag, dem Schiedsspruch zuzustimmen. In der eingehenden Aussprache trat nur Berlin diesem Antrage entgegen. Doch nur einige wenige Stimmen wurden dagegen abgegeben. Eine

Entscheidung, die Durchführung der Sonntagsruhe in jeder Weise zu betreiben, fand einstimmige Annahme.

Reichskonferenz der Versicherungsangestellten. Von Dr. B. Völlbrecht erhalten wir eine Zuschrift, worin derselbe die in Nr. 202 des „Vorwärts“ unter obiger Überschrift wiedergegebene Behauptung für die Unterlassung der Einberufung des Reichsfachausschusses zur Entscheidung über den Streikabbruch, ist indes nicht der Verbandsvorstand, sondern, wie von Dr. Völlbrecht vorbehalten anerkannt werden mußte, letzterer allein verantwortlich, als unrichtig bezeichnet. Er habe vielmehr anerkannt, daß der Reichsfachausschuss vor der Streikabstimmung hätte einberufen werden können und daß in erster Linie er, Dr. Völlbrecht, als Vorstandsmitglied dafür hätte einreten müssen, wenn nicht überhaupt Gesamtvorstand und Weimarer Konferenz verhindert hätten, daß die Rechte und Befugnisse des Reichsfachausschusses festgelegt worden wären. Wahr sei ferner, daß er betont habe, die Verbandsvorstände, die gemäß ihrer nachträglichen Behauptungen wohl die Streikabstimmung, keinesfalls aber den Streikabbruch getollt hätten, zu solchen Experimenten unbedingt die Versicherungsangestellten und ihren Reichsfachausschuss befragen müssen. Tatsache sei schließlich, daß mit ihm in einer gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Reichsfachausschuss die Frage der Einberufung des Reichsfachausschusses zum Streikabbruch nicht diskutiert worden sei. Bei der Möglichkeit der Entscheidung über den Abbruch wäre das auch sachlich unmöglich gewesen. Unzutreffend sei ferner die Behauptung, daß er, Völlbrecht, „entlassen“ worden sei. Er sei vielmehr von seinem Amte als Vorstandsmitglied und Leiter der Reichsfachgruppe zurückgetreten.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten wird uns hierzu mitgeteilt, daß die in der angenommenen Entscheidung der Reichskonferenz aufgestellten Behauptungen den Tatsachen entsprechen. Dr. Völlbrecht sei als Reichsfachgruppenleiter mit den nötigen Vollmachten ausgestattet gewesen und es sei daher völlig widersinnig, wenn derselbe für seine Fehler den Vorstand verantwortlich machen wolle. Auch sei seine Entlassung unter Ausbezahlung des Gehalts bis zum Ablauf der in Frage kommenden Frist erfolgt.

Rassenboten-Geld.

Zu der unter obiger Überschrift in Nr. 198 des „Vorwärts“ veröffentlichten Notiz erhalten wir vom Angestelltenausschuss der Firma B. Brüninghaus Nachf. eine Verächtung, die inhaltlich eigentlich nichts anderes besagt, als was die Firma dem Transportarbeiterverband auf sein vermittelndes Eingreifen im Interesse der schlecht entlohnenden Rassenboten betont. Der Angestelltenausschuss bemerkt:

Der erwähnte Angestellte findet seit Jahren nicht mehr als Rassenbote, sondern als Registrator Verwendung. Trotz aller Nachsicht, die von allen Seiten geübt wird, eignet sich der Mann hierfür absolut gar nicht. Es wurde ihm daher von Seiten der Firma schon seit Jahren anheimgestellt, sich nach einer anderen passenden Stellung umzusehen, die er ohne Zweifel während des Krieges bei dem Mangel an männlichem Personal auch erhalten hätte.

Der dann zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und der Ortsgruppe Berlin des Arbeitgeberverbandes des Eisens, Eisenwaren- u. Handels abgeschlossene Tarifvertrag regelte ab 1. Oktober 1919 die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Rassenboten und Bureauangestellten, welcher aber im § 2 Absatz 2 folgende Bestimmung enthält:

„Auf Angestellte mit beschränkter Arbeitsfähigkeit finden diese Sätze keine Anwendung. Die beschränkte Arbeitsfähigkeit muß im Einvernehmen mit dem Angestelltenausschuss festgestellt werden.“

Er erhebt nun Anspruch auf den Tariflohn von 320 M. Nach der einstimmigen Ansicht des Angestelltenausschusses kommt dieser Absatz für den betreffenden Angestellten leider in Frage, da derselbe nicht in der Lage ist, seinen Obliegenheiten nachzukommen. Die Firma lehnte deshalb die Forderung ab.

Wegen dieser Entscheidung handelte die Verwaltung der im Tarifvertrag vorgesehenen Schiedsstelle frei, und verstehen wir nicht, warum derselbe diesen einfachen Weg nicht gewählt hat.

Nach diesen Ausführungen müssen wir den im letzten Absatz obiger Notiz gemachten Vorwurf energisch zurückweisen, denn wir haben den Beschäftigten nach bestem Wissen und Gewissen geholfen und keine Veranlassung, nicht brauchbares Personal unter allen Umständen zu halten.“

Wir haben der Entgegnung weitgehende Aufnahme gewährt, um zu zeigen, daß die Organisation der Transportarbeiter allen Anlaß hatte, den Angestelltenausschuss als einen Ausschuss zur Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen zu kennzeichnen. Daß die Firma aus Mitleid 24 Jahre einen völlig unfähigen Menschen beschäftigt hat, wird auch der Angestelltenausschuss dem unbefangenen Leser nicht glaubhaft machen können.

Gewerkschaftskommission und Sicherheitspolizei. Die Ausführungen des Genossen Meier in der Versammlung der Gewerkschaftskommission am Donnerstag sind dahin zu berichtigen, daß der Spandauer Magistrat seine Zustimmung zur Errichtung der Ortswache nicht versagt hat, sondern daß er sie bisher nicht geben konnte, weil die Regierung den Gewerkschaften gegenüber noch nicht erklärt hat, daß Ortswachen errichtet werden dürfen und die Arbeiterschaft deshalb im Augenblick in dieser Hinsicht nichts unternehmen kann.

Zentralverband der Maschinisten und Geiger, Geschäftsstelle Groß-Berlin, Sonntag, den 25. April, vormittags 9 Uhr, in den Zentralschulen, Alte Jakobstr. 22, außerordentliche Generalversammlung.

Wichtig. Friseurgehilfen! Die Sonntagskontrolle findet in folgenden Lokalen statt: Ullabelstr. 30, Georgenstr. 24, Belle-Alliance-Platz 6, Martin-Güter-Str. 78, Savignypfad 1 vormittags 9-1 Uhr.

Typograph, G. m. b. H. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Versammlung im bekannten Lokal G. Wiedemann, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 158, III.

Parteinachrichten.

Ein Bezirksparteitag für Oldenburg-Ostfriesland-Osnabrück fand am Sonntag in Oldenburg statt. Die zahlreich besetzte Tagung hatte neben einer allgemeinen Aussprache über die politische Lage sich mit einer Reihe organisatorischer Fragen zu beschäftigen. Das Wichtigste davon ist, daß beschlossen wurde, Extrabeiträge für die Wahlen auszufahren. Auch über die Frage, ob eine Reichskonferenz oder ein Gesamtparteitag zu berufen sei, wurde lebhaft gesprochen. Die Mehrheit der Delegierten entschied sich für einen Parteitag. Zum Ausdruck kam, daß die Genossen einmütig forderten, daß künftig gegen Rechts und besonders gegen die Militärfreie rücksichtslos durchgegriffen werden müsse. Das kam auch in einer entsprechenden Entscheidung zum Ausdruck, die einmütig zur Annahme gelangte. Gegen die Tätigkeit des Genossen Roske wurden die schwersten Vorwürfe erhoben und auf Grund der letzten Mitteilungen aus dem Hauptauschuss dann die bereits veröffentlichte Kundgebung an die Fraktion der Rationalversammlung gerichtet. Da für den Kreisstaat Oldenburg die Landtagswahlen am gleichen Tage stattfinden, wie für den Reichstag, beschloß sich die Konferenz auch mit der Aufstellung der Kandidatenliste für diese Wahlen.

Eine Generalversammlung der Landkreise Bredlau und Neumark stellte den Genossen Rowig als Reichstagskandidaten auf. Die ordentlichen Beiträge für die Parteioorganisation wurden von 80 Pf. auf 1 M. erhöht. Außerdem soll jedes männliche Mitglied 3 M., jedes weibliche Mitglied 2 M. zum Wahlfonds steuern. — Die Ortsgruppe Nordhausen, die sich erfreulicherweise sehr gut entwickelt, beschloß zur Verteilung der Wahlkosten einen Pflichtbeitrag von 5 M. pro Mitglied zu erheben mit der Maßgabe, daß die Beschränkung nach oben unbegrenzter Natur sei.

Soziales.

Ausbau der Invalidenversicherung.

Wie uns mitgeteilt wird, ist im Reichsarbeitsministerium der Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung behandelnden IV. Buches der Reichsversicherungsordnung fertiggestellt.

Während bisher fünf Lohnklassen bestanden, deren höchste einen Jahresarbeitsverdienst von 1150 M. und mehr umfaßt, sind jetzt 8 Lohnklassen vorgesehen, und zwar bis 550 M., von mehr als 550 bis 850 M., von mehr als 850 bis 1150 M., von mehr als 1150 bis 2000 M., von mehr als 2000 bis 3000 M., von mehr als 3000 bis 4000 M., von mehr als 4000 bis 5000 M., und von mehr als 5000 M. Die Wochenbeiträge für diese Lohnklassen werden voraussichtlich betragen 100, 110, 120, 140, 160, 180, 200, 240 Pf.

Entsprechend den erhöhten Beiträgen sind wesentlich erhöhte Leistungen vorgesehen. So wurde z. B. ein Versicherter, der 2000 Beiträge in derjenigen Lohnklasse entrichtet hat, welche einem Jahresarbeitsverdienst von 1150 bis 2000 M. entspricht, im Falle der Invalidität eine jährliche Rente von 710,40 M. erhalten. Die invalide Witwe eines solchen Versicherten erhielt 314,40 M. an jährlicher Rente und jede Witwe 157,20 M. Nach dem bisher geltenden Gesetze hätte nur eine Invalidenrente von 390,00 M., eine Witwenrente von 195,00 M., eine Waisenrente von 78,00 M. gewährt werden können.

Die früheren Renten sind dadurch erhöht worden, daß die bisherigen Zulagen dauernd beibehalten werden. Neue Zulagen von monatlich 4 M. sind für die bisher gewährten Waisenrenten eingeführt.

Der Ausbau neuer Lohnklassen führte notwendig zur Prüfung der Frage, ob die Angestellten, die bisher bei einem Einkommen bis zu 2000 M. auch von der Invalidenversicherung erfasst werden, weiter in ihr verbleiben sollen. Der Entwurf hat diese Frage dadurch gelöst, daß er die Angestellten künftig nicht mehr anstandsweise der Invalidenversicherung unterwirft. Damit soll jedoch der endgültige Entscheidung der Frage nicht vorgegriffen werden, ob überhaupt die Angestelltenversicherung als besondere Versicherungsart aufrechterhalten ist. Ferner sind in die Invalidenversicherung die Hausgewerbetreibenden, von denen bisher nur die der Lebensmittelindustrie und einiger Zweige der Textilindustrie versichert waren. Die Durchführung ihrer Versicherung ist im Hinblick auf die Verbesserung der Verhältnisse den Landesversicherungsanstalten überlassen.

Von sonstigen Neuerungen seien folgende hervorgehoben: Die nur gegen freien Unterhalt Beschäftigten werden der Pflichtversicherung unterworfen. Das Ruben von Renten neben höheren Renten der Unfallversicherung wird beseitigt. Ferner werden der Bezug der Witwenrente neben der Rente der Witwe aus eigener Versicherung und die Gewährung doppelter Renten an Doppelwitwen, wenn Vater und Mutter versichert waren, zugelassen. Bei Doppelrenten soll aber der Reichszuschuss nur einmal gewährt werden. Das Witwenlohn und Waisenunterstützung, die nur einem kleinen Teil der Versicherter geringe einmalige Leistungen zugesichert haben, sowie die nur ganz geringfügig beanspruchte freiwillige Zusatzversicherung sollen beseitigt werden. Der Entwurf sieht ferner vor, daß die Anstalten der Invalidenversicherung an Entscheidungen der Instanzen der Unfallversicherung und Militärversorgung, die Renten von über 60% v. D. zugesprochen haben, gebunden sind und mildert besonders die Vorschriften über den Verlust der Anwartschaft. Eine grundsätzliche Aenderung in dem Aufbau der Invalidenversicherung und die Frage ihrer Zusammenlegung mit anderen Versicherungsarten überläßt der Entwurf der kommenden Umgestaltung der gesamten Reichsversicherung.

Bericht. Nr. den redaktion. Teil: Kurt Hiller, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 4, 1. u. 2. Stock.

PLATIN
stets zu höchsten Tagespreisen.
Gold, Silber in Bruch
in Barren
Brennpitzen, Platinkontakte,
Zahngelasse, Quecksilber
kauft höchstzahlend
Adolf Friedländer, Berlin,
Kommandantenstr. 23, 1 rechts.
Telephon Moritzplatz 4302.

Metallankaufsstelle Osten
Andreasstr. 33. — vis-a-vis der Markthalle —
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Verlangen Sie
Vioparfa Zahn-
pasta
Parfüme sowie erstklassige Kosmetische Präparate
Viola Parfümerie-Fabrikation, Berlin 50, 16, Cöpenicker
Straße 112, Moritzpl. 11981

A. WERTHEIM G. M. B. H.
Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz
Optische Spezial-Abteilung
Große Auswahl von
Kneifern und Brillen nach neuesten Modellen
Sofortige Anfertigung von Gläsern
nach ärztlicher Vorschrift
in eigener Werkstatt
Lorgnetten · Operngläser · Ferngläser
Barometer · Thermometer

Wir empfehlen laufend unsere hochfeinen
Qualitäts-Zigarren
für Restaurateure, Konsumvereine, Detaillisten u. Private.
Für große Vollen kürzeste Lieferfrist.
Preis 800 bis 2000 M. einchl. Steuer. Preisgebung
in Höhe von 500 Stück aus verschiednen Preislagen
festiert gegen Nachnahme zu Diensten.
Aufträge werden der Reihe nach erledigt.
Elffe & Co. Tabakvertriebsgesellschaft m. b. H.
Burgstraße 30, Bahnhof Böcke.
Telephon: Norden 9021-9040.

Zigaretten
Zigaretten in verschiednen
Sorten
Sehr feine Qualität
L. Manheimer, Berlin.
Berlinerstr. 1 in Kreuzberg.

Männer, schützt Euch vor Krankheiten
durch das älteste und billigste Prophylaktikum
VIRO
wissenschaftlich geprüft und amtlich empfohlen.
In allen einschlägigen Geschäften zu haben.
Hygiene, Frankfurt a. M., Ludwigstr.